Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.–, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73III
Fernsprecher:
Schriftleitung: Zentrum 614, 964, 965, 1580, 1582, 1583. Für Nachtgespräche 1580.
Geschäftsstelle: Lützow 1902, 3248, 3394.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.– zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 4.– zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 323. Mittwoch, 9. Juli 1919. Morgen-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Vorbereitungen zur Uebergabe von Danzig.

Eigene Drahtmeldung.

F. Danzig, 8. Juli.

Um die Uebergabe der Stadt Danzig an den Völkerbund vorzubereiten, traf hier das Mitglied der Alliiertenkommission aus Berlin, der Oberst Pediwel, ein. Er äußerte sich einem Vertreter der „Danziger Zeitung“ gegenüber über seine Aufgaben in Danzig und meinte, er sei geschickt, um die Verhältnisse und die Stimmung in Danzig zu erkunden und sich über die Wünsche der Danziger Bevölkerung zu informieren. Der englische Oberst wurde von den Journalisten darauf aufmerksam gemacht, daß die ungeklärte Frage, wann sich Danzig als Freistaat konstituieren werde, am schwersten auf der Entwicklung Danzigs laste, denn weder Behörden noch Private seien in der Lage, ihre Arbeit auf den richtigen Zeitpunkt einzustellen. Die schleunigste Bekanntgabe des Termins sei vor allem nötig wegen der bevorstehenden Ernte, weil man nicht wisse, ob die Ernte im Freistaatgebiet noch der Regelung der Reichsgetreidestelle unterliege oder nicht. Der englische Oberst versprach, hierüber möglichst bald seinen Behörden zu berichten und die Entscheidung herbeizuführen. Das in Danzig verbreitete Gerücht, daß für Danzig eine englische Besatzung von 2000 Mann bereits auf dem Transport sei, konnte der Oberst nicht aufklären, da man von den Absichten, die in dieser Beziehung bei dem Verband bestehen, in Berlin nicht unterrichtet sei. Ebensowenig Klarheit herrsche in Berlin über die Frage, wer als Oberkommissar der Verbündeten nach Danzig komme, ob ein Franzose, ein Engländer oder ein Amerikaner. Der Journalist ließ durchblicken, daß man in Danzig die Ernennung eines Engländers oder Amerikaners zum Oberkommissar am günstigsten aufnehmen würde, denn man befürchte bei einem französischen Oberkommissar eine zu große Polenfreundschaft, die den Oberkommissar verhindern werde, unparteiische Urteile abzugeben und gerechte Entscheidungen zu fällen. Die Ernennung des Oberkommissars für Danzig wird nach Ansicht des englischen Obersten vielleicht erst nach Ratifizierung des Friedensvertrages erfolgen. Der Oberst bleibt nur einige Tage in Danzig, um dann nach Berlin zurückzukehren und seine Berichte über Danzig zu erstatten. Er ist heute sofort mit den militärischen und Zivilbehörden in Verbindung getreten.

Der Regierungsrat Dr. Dolle vom Danziger Oberpräsidium, der vom Minister des Innern zum Polizeipräsidenten von Danzig ernannt wurde, hat dieses Amt wegen der sozialistischen Treibereien gegen ihn nicht angenommen und jetzt seine Versetzung in den Ruhestand beantragt. Besonders scharf war Reichskommissar Winnig gegen Dolle aufgetreten, den er als schlimmsten Reaktionär bezeichnet hatte.

Der schwedische Fabrikdirektor Jordahl in Berlin hat das in Danzig am Hauptbahnhof gelegene Hotel „Norddeutscher Hof“ erworben. Weitere Grundstücke in derselben Gegend gingen in polnischen Besitz über.

Die wirtschaftlichen Sorgen des neuen Freistaates.

Auf Veranlassung des Magistrats fand in Danzig eine aus allen Interessentenkreisen des neuen Freistaatsgebietes besuchte Versammlung statt, in der man sich Klarheit schaffen wollte über die nächsten Zukunftsfragen. Oberbürgermeister Sahm erklärte in einer Eröffnungsansprache, daß alle Faktoren, mit denen man rechnen müsse, völlig unsicher seien; überall wohin man blicke, stehe man vor verschlossenen Türen, zu denen der Schlüssel fehle und von denen man nicht wisse, was sich dahinter verberge. Diese Unklarheit dürfe aber keine Vogelstraußpolitik rechtfertigen, vor Ueberraschungen müsse man sich schützen. Bisher hatten alle amtlichen und privaten Stellen angenommen, daß Artikel 102 der Friedensbedingungen unverändert geblieben sei, in dem es heißt:

„Die Stadt Danzig wird nebst dem im Art. 100 bezeichneten Gebiet zur Freien Stadt erklärt und unter den Schutz des Völkerbundes gestellt.“

Aus der Zusammenstellung der Aenderungen der Entente an den Friedensvorschlägen gehe nun aber zur größten Ueberraschung hervor, daß die Bestimmungen über den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Freistaates wie folgt lauten:

„Die alliierten und assoziierten Hauptmächte übernehmen es, die Stadt Danzig nebst dem in Art. 100 bezeichneten Gebiet als Freie Stadt zu konstituieren; sie wird unter den Schutz des Völkerbundes gestellt.“

Selbst wenn man die optimistische Auffassung hegt, daß diese Abänderung zugunsten des Freistaates vorgenommen ist so ist doch sicher, daß dadurch die Ungewißheit über den Zeitpunkt des Inkrafttretens nur vergrößert ist. Pflicht der amtlichen Berliner Zentralstellen wäre es gewesen, Danzig sofort von diesen Abänderungen in Kenntnis zu setzen. Für die Verwaltung der Stadt und für den Oberbürgermeister, an den täglich die Notwendigkeit sofortiger Entscheidungen von größter Wichtigkeit herantreten, sei die Situation durch die quälende Ungewißheit eine recht unangenehme. Solange Danzig noch zum Deutschen Reiche gehöre, sei es selbstverständliche Pflicht, die Gesetze und Verordnungen auf das genaueste inne zu halten. Wenn aber aus irgend welchen Gründen in den benachbarten Gebietsteilen die Bestimmungen über die Erfassung der Nahrungsmittel eine Aenderung erfahren, dann müsse sich auch Danzig vorbehalten, Anträge auf Abänderung der Bestimmungen für das künftige Freistaatsgebiet geltend zu machen, vor allem denn, wenn zu befürchten sei, daß die Nahrungsmittel-Versorgung für Danzig gefährdet werde. Aber auch auf anderen Gebieten sind Unklarheiten und Ungewißheiten. Wir sind in starker Weise abhängig von Maßnahmen, die an unseren Grenzen getroffen werden. Wir müssen hierfür drei verschiedene Möglichkeiten ins Auge fassen: Was wird Deutschland mit den ihm verbleibenden Teilen Ostpreußens machen, die an unser Gebiet stoßen? Was wird das Deutsche Reich für die Abstimmungsbezirke anordnen? Was wird schließlich Polen tun in den Gebietsteilen, die endgültig ihm abgetreten werden?

Von dem Magistratsdezernenten Dr. Grünspan wurden dann sehr interessante Mitteilungen über die wirtschaftliche Lage des Freistaates Danzig gemacht. Der Freistaat erhält rund 350 000 Einwohner, seine Landwirtschaft ist aber nicht in der Lage, die Bewohner des Freistaates zu ernähren. Kartoffeln werden nur so viel erzeugt, daß die Bevölkerung ½ Pfund pro Kopf und Tag erhalten könnte, so daß also rund 100 000 t eingeführt werden müssen. Die Getreideversorgung macht die Einfuhr von rund 20 000 t Brotgetreide erforderlich; Weizen ist im Ueberfluß vorhanden, dagegen wird Roggen wenig gebaut. Hafer und Gemenge, das im Freistaatsgebiete geerntet wird, reicht nicht zur Ernährung der Pferde aus; 25 000 t müßten eingeführt werden. Der Zuckerrübenanbau ist während des Krieges um zwei Drittel zurückgegangen; es müßten 12 000 t Zuckerrüben eingeführt werden, um die Bevölkerung zu versorgen und die drei Zuckerfabriken und die zwei Raffinerien, die im Freistaate vorhanden sind, zu beschäftigen. Das Rauhfutter wird ausreichen, an eine Ausfuhr ist aber nicht zu denken. Die Obsterzeugung ist ganz unzureichend, die Ernte an Hülsenfrüchten ebenfalls, während die Gemüseversorgung befriedigend sein könnte. Mit der Fleischversorgung ist es schlecht bestellt, zumal der Viehbestand im Freistaatsgebiete in den letzten sechs Jahren ganz erheblich heruntergegangen ist, bei Schweinen um 51%, bei Rindern um 16%, bei Kälbern um 39%. Pferde wurden sonst ausgeführt; Jungvieh zur Mast muß eingeführt werden. An Düngemitteln würden rund 70 000 t gebraucht. Die Milchversorgung werde jetzt von 17 Landkreisen bewirkt, sei also für die Zukunft ganz trostlos.

In der Aussprache forderten dann die Vertreter von Handel und Industrie dringend die Beseitigung der Zwangswirtschaft im neuen Freistaate, während ein Vertreter der Sozialdemokraten gegen den freien Handel sprach. Scharf verurteilt wurde die Regierungsanordnung, daß die Oelsaaten aus dem Freistaatsgebiet sofort nach der Ernte nach Stettin ausgeführt werden sollen. Man ersuchte den Magistrat, dies zu verhindern, auch dürfe kein Brotgetreide aus dem Freistaatsgebiet abtransportiert werden, bevor nicht die Ernährung der Bevölkerung sicher gestellt sei.

R. F.

Vor der Ratifizierung des Friedensvertrages.

Eine einleitende Rede Hermann Müllers.

Morgen Mittwoch wird die Nationalversammlung, wie die „P. P. N.“ erfahren, in einer kurzen Sitzung nach einer einleitenden Rede des Außenministers Hermann Müller wahrscheinlich ohne Debatte die Ratifizierung des Friedensvertrages beschließen. Am Donnerstag wird die Steuerdebatte fortgesetzt.

Neue Forderungen des „Temps“.

⊙ **Paris**, 8. Juli. (Indirekter Dienst der „Deutschen Allg. Zeitung“.) In einer Besprechung der Verteilung der Kriegsentschädigungen schlug der „Temps“ vor, nicht nur die Kosten für die Besatzungsarmee festzusetzen, wovon Lloyd George gesprochen habe, sondern auch den Höchstbetrag für der von Amerika zu liefernden Lebensmittel und Rohstoffe zu bestimmen, deren Preise auf die ersten 20 von Deutschland in Aussicht gestellten Milliarden angerechnet werden sollen.

Zulassung Italiens zur Beratung der Kolonialmandate.

„Corriere della Sera“ vom 7. meldet, daß das Marconi mit Simon über Bologna nach London gereist ist, wo er mit Lord Milner und House an der Ausarbeitung des Systems der Kolonialmandate teilnimmt, eine Tätigkeit, von der Italien bisher ausgeschlossen war.

Die Wahlreform in Frankreich angenommen.

Versailles, 8. Juli. Die Kammer nahm gestern mit 334 gegen 121 Stimmen die Wahlreform nach dem vom Senat abgeänderten Text an, durch die die Listenabstimmung mit Verhältniswahl eingeführt wird. Als Wahlbezirke gelten die Departements.

Verdächtige Geldsendungen aus Ungarn.

P. **Wien**, 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Auf dem hiesigen Südbahnhof wurde gestern ein aus Ungarn gekommener Eisenbahnwagen durchsucht und darin 23 Geldkisten, mit Banknoten gefüllt, sowie 18 Koffer mit Wertgegenständen gefunden. Sie wurden beschlagnahmt und der Polizei in Verwahrung gegeben. Auch der Insasse des Wagens, der in Wiener-Neustadt den Bahnbeamten verdächtig vorgekommen war, wurde der Polizei übergeben.

Vertagung der Programmrede Bauers.

Die für Donnerstag geplante große Programmrede des Ministerpräsidenten Bauer wird, wie die P. P. N. erfahren, an diesem Tage nicht gehalten werden. Es ist indessen anzunehmen, daß die Verschiebung nur von ganz kurzer Dauer sein wird. Die große Arbeitsüberlastung der letzten Tage ließ nicht zu, daß alle Fragen im Kabinett schon jetzt so geklärt werden konnten, wie es wünschenswert ist. Gerade im gegenwärtigen Augenblick stehen die wichtigsten Probleme der inneren und äußeren Politik zur Entscheidung: Die Durchführung des Friedensvertrages, die soziale Beruhigung, die Ordnung der Finanzen und natürlich auch die Festlegung der künftigen Wirtschaftspolitik, in der sich bekanntlich verschiedene Strömungen kreuzen.

Auch die Erklärung des Reichsministers des Auswärtigen Müller dürfte erst am Montag oder Dienstag erfolgen.

Die blutigen Zusammenstöße in Hannover.

Gegenüber den irreführenden Darstellungen der „Freiheit“ muß erneut darauf verwiesen werden, daß es zweifellos feststeht, daß die Regierungstruppen in Hannover in der Dunkelheit von einer größeren Menschenmenge angegriffen worden sind und in der Notwehr mit vollem Recht gefeuert haben. Sie brauchten einen Befehl dazu nicht abzuwarten, sondern durften sich auch ohnedies gegenüber dem Angriff durch Anwendung der Waffengewalt verteidigen.

Neue Loslösungsbestrebungen im Westen?

Die Rheinische Republik des Herrn Dorten tritt mehr und mehr in den Hintergrund. Aber eine neue Gefahr für den Bestand des Deutschen Reiches und besonders Preußens ist durch die Propaganda des hessischen Ministerpräsidenten Ullrich der Versuch, mit Hilfe der Franzosen und vor allem des Generals Mangin eine Groß-Hessische Republik zu gründen, entstanden. Diese Republik soll das gesamte Großherzogtum Hessen, Rheinhessen, Hessen-Nassau, die Rheinpfalz und das Fürstentum Birkenfeld bis hinauf nach Wetzlar umfassen. Darmstadt soll Hauptstadt werden, während Mainz an Stelle von Frankfurt a. Main zum Haupthandelsplatz erhoben werden soll. Es ist allerhöchste Zeit, daß die Regierung energischen Protest gegen diese andauernden Versuche, neue Staaten von Preußen abzuzweigen, erhebt.

Ausstände im Elsaß.

Bern, 8. Juli. Der Basler „Vorwärts“ erfährt aus Mülhausen, daß aus wirtschaftlichen Gründen in Mülhausen, Colmar, Straßburg und Metz besonders bei den Elektrizitätsarbeitern, ferner in den elsaß-lothringischen Erz- und Kohlengruben und im rheinischen Industriegebiet dauernd Ausstände herrschen und die gewerkschaftlichen Verbände Arbeiter und Angestellte zur Unterstützung der Ausständigen auffordern. Die französischen Gewerkschaftler hätten keinerlei Geldunterstützung bewilligt und auf wiederholte Bitten geantwortet, die französischen Gewerkschaften hätten für Streikunterstützungen kein Geld. Infolgedessen sei der früheren Begeisterung für die französischen Gewerkschaften eine starke Ernüchterung gefolgt.

Haftentlassung des Journalisten Price.

Wie die „P. P. N.“ erfahren, ist der englische Journalist Price am Dienstag aus der Haft entlassen worden.

Die wirtschaftliche Neuordnung.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

Weimar, 8. Juli.

Wie wir hören, hat sich das Kabinett in seiner heutigen Sitzung auch mit der Frage der wirtschaftlichen Neuordnung beschäftigt. Es nahm entschieden Stellung gegen alle wirtschaftlichen Organisationspläne, die als Experimente anzusehen seien. Namentlich die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts sprachen sich dagegen aus, daß man durch eine Schematisierung und Demokratisierung der Wirtschaft Ketten anlege, die eine spätere Sozialisierung sehr erschweren würden.

Ein Rücktrittsgesuch des bisherigen Reichswirtschaftsministers Wissell lag bisher noch nicht vor. In politischen Kreisen beschäftigt man sich trotzdem mit der Frage der Nachfolgerschaft. Vielfach wird angenommen, daß der bisherige Reichsernährungsminister Robert Schmidt den Posten übernehmen soll.

Die Besprechungen über die Verstaatlichung der Schulen.

Wie wir erfahren, haben die Besprechungen über eine Verstaatlichung in der Schulfrage in Weimar ihren Fortgang genommen. Ein Ergebnis liegt jedoch noch nicht vor. Deshalb sind die Angriffe, die in einigen Blättern gegen die angeblich bereits getroffenen Abmachungen erschienen sind, nicht stichhaltig. Sie sind aber nicht nur deshalb zu bedauern. Vielmehr bedeuten sie einen Versuch, durch Hervorkehrung kultureller Fragen neue Gegensätze in unser Volk hineinzutragen, das doch der Einigung dringend bedarf. Die Aussicht auf eine Verständigung zwischen den zwei Regierungsparteien sind so, daß man wohl mit Bestimmtheit mit ihr rechnen kann. Wenn behauptet wird, daß Konzessionen an das Zentrum gemacht wurden, die eine Rückwärtsbewegung in der Entwicklung kultureller Freiheit bedeuten, so ist der Beweis dafür bisher schuldig geblieben. Jedenfalls ist die Aufrechterhaltung konfessioneller Schulen keineswegs ein solcher Beweis. Vielmehr wären sie durch die von dem früheren Kabinett angenommenen Richtlinien, denen bekanntlich ja auch die Demokraten zugestimmt hatten, ebenso gegeben.

Die Arbeiten der Waffenstillstandskommissionen.

Düsseldorf, 8. Juli 1919. (Eigene Drahtmeldung.) Die deutsche Waffenstillstandskommission hat heute den Verkehr mit der interalliierten Kommission in Köln aufgenommen. **Leiter der Deutschen** Waffenstillstandskommission ist vorläufig Legationsrat Dr. von Pohrer. Die Waffenstillstandskommission wird sich alsbald auflösen und nur zwei Spezialkommissionen, nämlich für Eisenbahnwesen und für Kriegsgefangenenwesen in Düsseldorf weiter bestehen bleiben. Vorsitzender der Kommission für Eisenbahnen ist Major Schütz, Vorsitzender der Kommission für die Gefangenen Major Kemmelberg.

Erzbergers Finanzprogramm.

Zur gestrigen Rede des Reichsfinanzministers.

Es ist gegenwärtig eine unsagbar undankbare Aufgabe, als Reichsfinanzminister vor das Forum der Nationalversammlung zu treten und das trübe Bild unserer Finanzlage zu entrollen. Schon allein der Umstand, daß das Reich, die Bundesstaaten und Kommunen fortan einen Jahresbedarf von 25 Milliarden Mark haben, der von dem durch fünf Kriegsjahre zermürbten und wirtschaftlich geschwächten deutschen Volke aufgebracht werden muß, hätte den ideenreichsten und schöpferischsten Finanzminister vor geradezu gewaltige und in ihrer Schwierigkeit kaum zu lösende Aufgaben gestellt. Wenn sich jetzt aber die Lage für uns noch weiter dadurch kompliziert, daß wir neben den großen Summen, die das deutsche Jahresbudget erfordern wird uns auch noch nach oben gar nicht fest begrenzte Lasten als Zahlungen für Kriegsentschädigung und Wiedergutmachungen aufbürden müssen, so könnten die aufgetürmten Schwierigkeiten wohl auch die Kühnsten abschrecken, das Werk des finanziellen Wiederaufbaus Deutschlands zu beginnen.

Die große Finanzrede, mit der der neue Finanzminister sich bei der Nationalversammlung eingeführt hat, zeigt, daß Erzberger sich nicht etwa in schädlicher Selbsttäuschung bemüht, die Dinge durch eine rosarote Brille zu sehen, sondern daß er den ungeheueren Ernst der Situation auch nicht um ein Quentchen verkleinert. Obwohl aber nicht etwa dem Volke Beruhigungsmittelchen verabreicht wurden, geht von dieser Rede ein Zug starker Zuversicht aus. Es spricht aus ihr eine Entschlossenheit, alle unter dem Gesichtspunkte der Wahrung der notwendigen volkswirtschaftlichen Interessen möglichen Mittel anzuwenden, um durch gleichmäßige Verteilung der Steuern, aber auch durch sehr scharfe Heranziehung der leistungsfähigen Kreise die uns aufgelegten Lasten allmählich abzubürden und die deutschen Finanzen langsam wieder zur Gesundung zu bringen. Spötter können meinen, daß die Ethik nichts mit Geldsachen zu tun habe. Wir glauben aber, daß die besondere Betonung des Momentes der Gerechtigkeit in Erzbergers Rede einen starken Widerhall in allen Kreisen des deutschen Volkes haben wird. Wenn ein Steuerprogramm aufgestellt wird, das so riesige Anforderungen an die Leistungsfähigkeit und Opferwilligkeit jedes einzelnen Staatsbürgers stellt, dann muß die erste Vorbedingung die sein, daß die steuerliche Belastung gerecht verteilt ist. Wenn der kinderreiche Familienvater sieht, daß das kinderlose Ehepaar oder gar der Junggeselle nicht viel schärfer herangezogen werden als er, wenn der kleine Angestellte, der nichts besitzt als seine Arbeitskraft, nicht milder besteuert wird, als der Rentner, der ein gleich hohes Einkommen bezieht, aber in seinem Kapital einen Rückhalt besitzt, so wird stärkste Steuerverdrossenheit und Unzufriedenheit auch beim bestgesinnten Staatsbürger an die Stelle der Steuerfreudigkeit treten. Darum wird man Erzbergers Zusicherung, daß, entsprechend den Forderungen der Gerechtigkeit, das arbeitslose Einkommen bedeutend stärker besteuert werden wird als das nur aus Arbeit herrührende, als eine Gewähr dafür ansehen dürfen, daß jenen berechtigten Volksanschauungen nach Kräften Rechnung getragen werden wird.

Was aber an Erzbergers Rede den Finanzpolitiker vor allem sympathisch berührt, das ist das klare Herausarbeiten der Notwendigkeit einer durch partikularistische Interessen nicht beeinträchtigten einheitlichen Reichsfinanzreform. Wir schrieben an dieser Stelle bei Besprechung des Planes des inzwischen zurückgezogenen Kapital-Ertragssteuerentwurfes:

„Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß unser Finanzsystem an einem Mangel an Einheitlichkeit empfindlich leidet. Wir alle wissen, daß dieser Grundmangel in seinen Ursachen zurückzuführen ist auf die politische Zersplitterung Deutschlands, auf die Reservatrechte der Bundesstaaten, die einem einheitlichen Ausbau, insbesondere der grundlegendsten Steuer, der großen und sorgsam gestaffelten Einkommensteuer, entgegenstehen. Von der Revolution und der politischen Neugestaltung hatten gerade die Finanzpolitiker das Niederreißen dieser finanziellen Schranken zwischen den Bundesstaaten erhofft. Diese Erwartung ist leider zunichte geworden. Gewiß nicht durch Schuld der Reichsregierung. Und wir erleben so mit einem gewissen Schmerzgefühl, daß auch die neue Steuergesetzgebung insofern die Bahnen der Finanzpolitik der letzten Jahre nicht verläßt, als auch sie an die Stelle eines großen Ganzen, in das sich sinngemäß und einheitlich alle Einzelgesetze einfügen, und vor allem an die Stelle der grundlegenden Reichseinkommensteuer zahlreiche kleine Einzelgesetze setzt.“

Es hat den Anschein, als ob bei Reichsminister Erzberger die Neigung besteht mit allen Kräften sich für eine immer stärkere Vereinheitlichung unseres Finanzwesens einzusetzen. Er will und muß alle politisch und wirtschaftspolitisch geschulten Kreise, die die großen Vorteile erkennen, welche ein Zusammenschweißen der bisher nebeneinander arbeitenden finanziellen Instanzen in Reich und Bundesstaaten mit sich bringen würden, bei diesem Beginnen auf seiner Seite haben.

Die Besitzer von Kriegsanleihen, von denen manche doch wohl immer noch das Damoklesschwert der Annullierung ihres Wertpapierbesitzes über ihren Häuptern schweben glaubten, werden den Passus aus Erzbergers Rede mit starker Befriedigung vermerkt haben, in dem er sich eindeutig und klar gegen alle Experimente mit dem Staatsbankerott und auch gegen jede Benachteiligung der Kriegsanleihebesitzer aussprach. Er sagte, daß der Staatsbankerott keine Rettung bringe, da er im Innern des Landes das Volk bankerott machte und im Auslande uns jeden Kredit nehme. Man muß hierbei unwillkürlich an die Tage des Kriegsausbruches denken, wo weite Kreise in der Verwirrung und Angst der Stunde auf den Erlaß eines allgemeinen Moratoriums drängten, das nur durch die energische Haltung der Reichsbank verhindert wurde. Auch damals bedachten die Verfechter des Gedankens vom Moratorium nicht, daß es vielleicht eine momentane Linderung bringen könne, daß aber, wenn erst einmal alle Räder der Wirtschaft durch eine so ungeheuer tief eingreifende Maßnahme zum Stillstand gebracht seien, es außerordentlich schwer halten würde, sie wieder in regelmäßige Bewegung zu setzen. Und in der Tat ist die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit, die Deutschland im Kriege zeigte, auch zu einem Teil darauf zurückzuführen, daß man uns vor einem Moratorium mit seinen verheerenden Wirkungen bewahrt hatte. Die üblen Wirkungen, die beispielsweise das Bankenmoratorium in Frankreich angerichtet hat, sind wohl noch in der Erinnerung der Finanzpolitiker. Und so steht es auch mit der Frage des Staatsbankerotts. Auch hier ist es leichter einzureißen, als

aufzubauen, ist es nicht so schwierig, einen Staatsbankerott zu erklären, als in ehrlicher und intensiver Arbeit zu versuchen, das Land finanziell zu sanieren. Und zumal ein Land wie Deutschland, das beim Wiedereintritt in die Weltwirtschaft auf die Gewährung ausländischer Kredite angewiesen ist, darf sich nicht durch Bankerotteurmaßnahmen der Unterlagen seines Kredites berauben!

Erzberger will die Ueberkapitalisierung des deutschen Volkes durch seine Steuerpolitik verhindern, aber auch die Erfassung der Einkommen und der Vermögen nicht so weit treiben, daß die private Initiative abgetötet wird. Und das ist das wesentliche der freien Initiative, dem Willen zur Tat und zum Vorwärtskommen muß das Ziel einer gesicherten Existenz, wenn auch nicht eines lockenden Schlaraffenlebens, winken. Kann man in Deutschland durch ehrliches Schaffen wieder zum bescheidenen Wohlstand kommen, dann wird das hohe Lied der Arbeit, das durch Erzbergers Rede klang, auch bald in den Hütten und Häusern Deutschlands widertönen.

H. G.

Die Unruhen in Italien.

tc. Lugano, 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Römische Blätter berichten von der Entfesselung eines anarchistischen Handstreiches auf die Behörden der Stadt, um in den Besitz der Hauptstadt zu gelangen. Die Polizei verhaftete einige Anarchisten. Hierzu teilt der „Avanti" mit, daß die Verschwörung nicht von Sozialisten oder Anarchisten ausgehe, sondern von der Gruppe der Kämpfer und Ex-Interventionisten.

Die Teuerungskrawalle greifen auch auf Süditalien über. In Neapel, Catania und in anderen Städten kam es zu ähnlichen Plünderungen wie in Mittelitalien. Die öffentlichen Gebäude in Neapel müssen militärisch bewacht werden. In Genua wurde bei neuen Ausschreitungen eine Person getötet und 30 verwundet. Auch von Turin und anderen Städten aus dem Norden werden Unruhen gemeldet. In einer Besprechung der ganzen Bewegung stellt die Mailänder „Perseveranza" die kritische Lage des Landes fest und weist darauf hin, daß die ausländischen Propagandisten, namentlich russische, ungarische und deutsche Bolschewisten die gegenwärtige Verwirrung sich zu nutze machten.

Auch die Leitung des allgemeinen Arbeits-Verbandes beschäftigte sich gestern mit der Teuerungsfrage. Der Verband warnte vor Streiks, die die Lage des Proletariats nur verschlechtern könnten. Auch Plünderungen würden die gleiche Wirkung haben. Sogar die Herabsetzung der Preise unter die Herstellungskosten helfe nicht, sei vielmehr geradezu vom Uebel, da dann überhaupt nichts mehr produziert werde. Schließlich betont der Arbeitsverband, daß die Ursache der Teuerung nicht nur nationaler, sondern vor allem internationaler Art wäre und international müsse sie auch bekämpft werden.

Die Kämpfe in Fiume.

tc. Lugano, 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Zu dem bereits gemeldeten ernsten Zwischenfall in Fiume zwischen Italienern und Franzosen wird noch folgendes mitgeteilt:

Aus Korfu angelangte Soldaten der französischen Orientarmee zogen durch die Stadt, wobei ihnen eine italienische Patrouille in einiger Entfernung folgte. Plötzlich wandten sich die Franzosen um und schossen auf die Italiener, die das Feuer erwiderten, wobei ein Franzose getötet und ein anderer verletzt wurde. Am Abend griffen dann anamitische Soldaten, die zur französischen Besatzung gehörten, italienische Seesoldaten an, mußten sich jedoch in eine Baracke zurückziehen, in der sie unter Beteiligung von Zivilisten belagert wurden. Einige Anamiten suchten zu entkommen, wurden aber von der Menge gelyncht. Schließlich wurde die Baracke gestürmt und die Besatzung gefangen, von der 10 Mann getötet sein sollen. Auch ein Italiener verlor das Leben. Eine Reihe anderer wurde verletzt.

Ein skandinavisches Komitee mit revolutionären Zielen.

V. Kopenhagen, 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Sekretär der norwegischen jungsozialistischen Partei Tranmael hat in Stockholm eine Zusammenkunft mit schwedischen, dänischen und finnischen politischen Gesinnungsgenossen gehabt, die zur Bildung eines „provisorischen Komitees" einer zu begründenden Föderation der skandinavischen Arbeitsleute geführt hat. In einer angegebenen Programmerklärung wird ausgeführt, daß diese Föderation „ihre Bedeutung nicht für den inneren Kampf um soziale Freiheit und Selbstbehauptung, sondern auch nach außen hin in einem gemeinsamen Eintreten für eine weltumfassende Revolution habe. Zur Förderung dieser Ideen soll im Herbst ein Arbeiterkongreß in Göteborg einberufen werden, um ein engeres Zusammenarbeiten zwischen den revolutionären Organisationen in Skandinavien anzubahnen. Zu diesem Kongreß sollen alle „Fachvereinigungen, die ein sozialistisches und revolutionäres Ziel verfolgen", eingeladen werden.

Das Asylrecht des Kaisers.

Eigene Drahtmeldung.

S. Haag, 8. Juli.

„Manchester Guardian" schreibt, es sei Grund zu der Annahme vorhanden, daß die niederländische Regierung fest entschlossen ist, den Kaiser nicht an die Alliierten auszuliefern, und fügt hinzu, es gebe kein Mittel, wodurch die Niederlande dazu gezwungen werden können.

Der Londoner Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet, daß in England die Reaktion gegen den Plan, den Kaiser vor ein Gericht zu stellen, in vollem Gange sei. Man merke dies an allen Gesprächen in den Klubs, ebenso auch an den Auslassungen der Presse. Sehr auffällig sei das Stillschweigen der Northcliff-Presse.

„Westminster Gazette" schreibt in einem Leitartikel: Es wird deutlich, daß unter den gemäßigten und verständigen Mitgliedern ernstliche Zweifel an der Klugheit des Beschlusses, der durch den Premierminister im Unterhause verkündet wurde, bestehen, daß nämlich der Exkaiser in London vor Gericht gestellt werden soll. Das Blatt weist ferner auf die Uneinigkeit, die in dieser Hinsicht unter den Alliierten bestehe, hin und auf die Stimmen, die sich in England bereits gegen diesen Plan ausgesprochen haben.

Weiter schreibt das Blatt, der Kaiser und der Kronprinz halten sich als Fremde in einem neutralen Staate auf und haben die Freiheit, abzureisen, wann sie wünschen. „Holland sei jahrhundertelang zahllosen Flüchtlingen jeder Nationalität Zufluchtsstätte gewesen, und dieses Asylrecht sei durch die Geschichte geheiligt. Holland werde seine schließliche Entscheidung in Uebereinstimmung mit seinen Pflichten als unabhängiger Staat und mit seiner nationalen Ehre und Würde sprechen.

„Daily News" bringt einen Brief zu den beabsichtigten Verhandlungen gegen den Kaiser und die deutschen Offiziere, in dem es mit Bezug auf Lloyd Georges Worte: „Wir müssen zeigen, daß wir ein zivilisiertes Volk sind", heißt: Wenn die Schuldigen vor einen Gerichtshof gestellt würden, in dem die Feinde der Deutschen zugleich Ankläger, Richter und Strafvollstrecker wären, so würde das eine Verhandlung sein, in der Richter Lynch den Haupteinfluß ausübte.

R. Basel, 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einem Pariser Bericht des „Matin" haben sämtliche Verbandsmächte an die holländische Regierung ein Gesuch um Auslieferung des Exkaisers ergehen lassen. Die holländische Regierung verwahrt sich zwar gegen die Verletzung dessen, was sie als Asylrecht betrachtet, fühle sich aber anderseits außerstande, dem Gesuche nicht zu entsprechen.

Eine Unterredung mit dem Prinzgemahl.

Amsterdam, 8. Juli. Ein Korrespondent der „Daily News" hatte eine Unterredung mit dem holländischen Prinzgemahl, worin dieser auf die Frage, was Holland tun würde, wenn 23 bis 24 Mächte eine Note unterzeichneten, in der die Auslieferung des früheren Kaisers verlangt würde, antwortete:

Ich weiß nicht, was Lloyd George bezweckt. Deutschland hat das Versprechen unterzeichnet, den früheren Kaiser zur gerichtlichen Verfolgung auszuliefern. Wenn Deutschland seine Auslieferung verlangt, werden wir verpflichtet sein, dem Ersuchen stattzugeben.

Das Blatt schreibt im Anschluß daran: Die Verbündeten würden also die Aufgabe haben, Deutschland zu zwingen, die Auslieferung des Kaisers von Holland zu verlangen, um die gerichtliche Verfolgung durch seine Feinde zu ermöglichen. Dies sei die gesetzliche Auffassung, und es scheine für die Verbündeten viel einfacher und ehrlicher zu sein, ihre Forderung selbst zu stellen. Wenn sie wirklich einig und aufrichtig wären, würde Holland es wahrscheinlich unmöglich finden, sich zu weigern. Wenn aber, wie es der Fall zu sein scheine, die Vereinigten Staaten und Japan dem Plan insgeheim feindlich gegenüberstünden und Italien sich im besten Falle gleichgültig verhalte, dann würde die Forderung natürlich viel an Kraft einbüßen. Wenn die Verbündeten in dieser Frage wirklich kräftig auftreten wollten, würde es schwer möglich sein, gegen Holland vorzugehen, ohne sich der Beschuldigung der Tyrannei auszusetzen.

Ein politischer Mitarbeiter des radikalen „Star" schreibt, um den Kaiser in die Hände zu bekommen, würde es notwendig sein auf Holland einen Zwang auszuüben, damit es ihn ausliefere. Es sei undenkbar, daß die Königin der Niederlande mit einem deutschen Prinzgemahl den Kaiser ausliefert, wenn sie nicht gezwungen werde. Der Völkerbund würde also damit beginnen müssen, in denkbar drastischer Weise die Unabhängigkeit der kleinen Völker zu verletzen. Wir würden nicht im Krieg, sondern in Friedenszeiten damit beginnen, Holland zur Auslieferung des Kaisers zu zwingen. Hierauf würden wir ihn vor einen Gerichtshof bringen, den anzuerkennen er absolut verweigern würde. Was würden wir und die Welt gesagt haben, wenn die Mittelmächte gesiegt und die Fürsten und Staatsmänner des Verbands vor eine von den Mittelmächten ernannte gerichtliche Kommission gebracht haben würden? Welches Recht hat der Völkerbund dazu, den früheren Herrscher eines souveränen Staates, der kein Mitglied des Bundes ist, für Vergehen gerichtlich zu belangen, die begangen wurden, ehe noch der Völkerbund existierte?

Zwei Arten von Militärgerichtshöfen.

Amsterdam, 8. Juli. (Drahtmeldung.) In der „Times" vom 5. schreibt der parlamentarische Korrespondent:

Es werden zwei Arten von Militärgerichtshöfen eingesetzt: 1) Die Personen, die wegen eines Verbrechens gegen Angehörige eines der verbündeten Länder angeklagt sind, werden vor die Militärgerichtshöfe dieser Macht gestellt werden. 2) Personen, die Verbrechen gegen die Angehörigen mehrerer Länder der Verbündeten begangen haben, werden vor gemischte, aus Mitgliedern der Militärgerichtshöfe der betreffenden Mächte zusammengestellte Militärgerichtshöfe kommen.

Jeder Angeklagte muß das Recht haben, seinen Verteidiger zu wählen, dem britischen Gerichtshof wird man freistellen, auch in Frankreich oder Flandern wegen der dort ansässigen Zeugen Sitzungen abzuhalten. Der interalliierte Militärgerichtshof wird seinen Sitz wahrscheinlich in Paris haben.

Deutsch-nationaler Antrag zur Auslieferungsfrage.

Weimar, 8. Juli.

Die Deutsch-nationale Volkspartei bringt folgenden Antrag ein: Die Nationalversammlung wolle beschließen, die Ratifikation des Friedensvertrages nur vorzunehmen unter dem ausdrücklichen Vorbehalt:

1) daß vor Inkrafttreten der §§ 227—230 des Friedensvertrages von Lehrern des Völkerrechts von Ruf ein Gutachten darüber eingeholt wird, ob es nach den anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts zulässig oder üblich und gerechtfertigt ist, mit rückwirkender Kraft einen Gerichtshof zur Aburteilung vorher begangener angeblicher Verstöße gegen das Völkerrecht einzusetzen und auf vorher nicht angedroht gewesene Strafen zu erkennen,

2) daß im Interesse der internationalen Gerechtigkeit ein neutraler Gerichtshof zur Untersuchung der Frage an der Schuld am Kriege eingesetzt wird.

Der Antrag ist hervorgegangen aus einer Anregung der Abgeordneten Dr. Hampe und Dr. Traub.

Die künftigen internationalen Beziehungen.

Aeußerungen des Reichsministers des Auswärtigen.

Eigene Drahtmeldung.

S. Haag, 8. Juli.

Das heutige „Algemeen Handelsblad" enthält ein Interview des Berliner Vertreters mit Reichsminister Müller. Auch hier betont Müller wiederum, daß Deutschland ohne jeden Hintergedanken unterschrieben habe. Das anfängliche Zögern sei erklärlich, angesichts der riesenhaften, jeden menschlichen Begriff übersteigenden Lasten, die Deutschland auf sich zu nehmen hatte. Es seien nie von einem Gegner dem Besiegten solche Bedingungen auferlegt worden, jedoch habe sich die Regierung angesichts des bedrohten nationalen Lebens in Deutschland für berechtigt gehalten, zu unterzeichnen. Wohl habe man entehrende Bedingungen unterzeichnet, aber die größere Torheit wäre es gewesen, ein Millionenvolk dem Untergange preiszugeben. Die deutsche Regierung wisse nun, daß sie jetzt, wo sie unterzeichnet habe, ehrlich sein müsse, und er würde jede Politik bekämpfen, die von einem anderen Gesichtspunkt ausgehe. Für die deutsche Friedenspolitik sei es ganz gleichgültig, ob das Land dem Völkerbunde beitrete oder nicht. Der Völkerbund lasse den Krieg als letzte völkerrechtliche Instanz fortbestehen. Der Reichsminister betonte dann, daß er in der Führung des Auswärtigen Amts seine sozialistischen Grundsätze nicht verleugnen werde, und er gab seiner Genugtuung Ausdruck, daß die praktischen internationalen Beziehungen zuerst auf dem Gebiete des Arbeiterrechtes angeknüpft werden sollten, und zwar auf dem kommenden Arbeiterkongreß in Washington im Oktober. Er erklärte, daß Deutschland auf dem Gebiete des Arbeiterrechtes mitarbeiten werde und nicht dulde, daß seine auf sozialem Gebiete gewonnenen Fortschritte den kapitalistischen Interessen geopfert würden. Der Reichsminister gab schließlich seiner Hoffnung auf ein gutes Zusammenarbeiten Deutschlands mit Holland Ausdruck.

Freie Willensäußerung für ganz Schlesien.

Breslau, 8. Juli. Der Reichs- und Staatskommissar für Schlesien und Westpreußen hat an den Reichsministerpräsidenten Bauer folgendes Telegramm gerichtet:

Die überwiegende Mehrzahl der stimmberechtigten Einwohnerschaft der nach dem abgeänderten Friedensvertrage an Polen abzutretenden Städte und Dörfer der Kreise Haßlau und Groß-Wartenberg protestiert gegen diese Vergewaltigung und fordert den Verbleib bei Deutschland. Ferner verlangt die Einwohnerschaft der von der Abstimmung ausgeschlossenen Kreise Leobschütz und Ratibor erneut das Recht der freien Willensäußerung. Die erdrückende Mehrheit der gesamten oberschlesischen Bevölkerung bittet weiter die Reichsregierung, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß die Besetzung Oberschlesiens bis zur Abstimmung ausschließlich durch amerikanische Truppen erfolgt, da sie nur dann eine unbeeinflußte Ausübung ihres Abstimmungsrechtes erhoffen kann. Gegen eine etwaige Besetzung Oberschlesiens durch polnische Truppen wird schärfster Protest erhoben.

Ich bitte Sie, diese Willensäußerung des oberschlesischen Volkes den alliierten und assoziierten Mächten schnellstens übermitteln zu wollen.

Rückgang der Produktion — Vernichtung des Proletariats.

Angesichts der jetzigen Lage verdient ein Artikel des norwegischen Rechtssozialisten, Rechtsanwalts Michael Puntervold, der in „Sozialdemocraten" in Christiania erschienen ist und unter der Ueberschrift: „Akkordarbeit, Prämiensystem und Streikverbot in Sowjet-Rußland" die Arbeiter- bezw. Produktionspolitik der russischen Sowjetregierung behandelt volle Beachtung.

Puntervold macht einleitend darauf aufmerksam, daß Rußland eigentliche gewerkschaftliche Organisationen im westeuropäischen Sinn erst seit der Märzrevolution 1917 kannte. Nach der Leninschen Revolution verloren sie ihre Bedeutung. Puntervold beleuchtet dann die gegenwärtige Politik der Sowjetregierung in dieser Frage mit einem Zitat aus einem Rundschreiben des Metallarbeiterbundes: „Die Arbeiterklasse hat kein Interesse und darf auch kein direktes oder indirektes Interesse daran haben, daß die Industrie zurückgeht. Wir können den deutlichen Rückgang in der Produktion nicht gutheißen. Wir sind die rechtmäßigen Erben des Kapitalismus, und alles, was das Fortschreiten der Produktion hindert, können wir nur tadeln." In einem anderen Dokument heißt es: „Das Schicksal des Proletariats ist eng verknüpft mit dem der Produktion, und deren Erhöhung erfolgt zum Vorteil des Proletariats, wogegen ein Rückgang der Vernichtung des Proletariats gleichkommt."

Als logische Konsequenz dieser Rücksichtnahme auf die Steigerung der Produktion hat man vor allem die Streiks verboten, und zwar gesetzlich mit Dekret. „Für das Proletariat ist die Produktionsordnung nicht mehr gleichgültig, und man strebt nicht mehr danach, sie durch Streiks zu stören." Puntervold bemerkt, daß trotz des Verbotes Streiks vorgekommen sind. Es waren aber nicht viele, und gegen sie wurden immer schärfere Gegenmaßregeln von seiten der Staatsgewalt getroffen.

Andere ungesetzliche Streiks, wie der von Arbeitern in den Eisenbahnwerkstätten in Petersburg und der Gewehrarbeiter in Tula, scheiterten; sie wurden von den lokalen Behörden und den Arbeitsverbänden verurteilt.

Der letzte allrussische Arbeiterfachkongreß in Moskau (15.—25. Januar 1919) sprach sich ferner für die Wiedereinführung der Akkordarbeit und das Prämiensystem aus. Das letztere wurde sofort für die Kohlen- und Erzgrubenarbeiter eingeführt, ebenso in der Metallindustrie und in der Tulaer Waffenindustrie. Dadurch wurde die Leistung um 40 bis 50 Prozent erhöht. Der Stücklohn wurde in den Metallfabriken eingeführt; auch hier stieg die Produktion um 50 Prozent. In dieser Industrie wird außerdem ein Arbeitsminimum verlangt, das jeder Arbeiter erreichen muß.

Die Gleichberechtigung der Juden in Polen und Rumänien.

R. Basel, 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Agence Centrale" berichtet aus Paris: Auf eine Anfrage einiger Abgeordneter der Linken an Pichon wegen der Judenfrage antwortete dieser, daß die Verbündeten diese Frage durch eine eigene Kommission hätten studieren lassen und daß sowohl Polen wie Rumänien bereit seien, den Juden volle Gleichberechtigung zu geben. In diesem Sinne habe Polen als erstes Land einen Vertrag mit den Großmächten abgeschlossen, der alle berechtigten Wünsche befriedige. Privilegien seien aber unmöglich und würden den Juden nur schaden.

Kleine Mitteilungen.

Die Heimbeförderung der Internierten aus Brasilien. Wie „Temps" meldet, hat die brasilianische Regierung die Heimbeförderung der deutschen Internierten mit Schiffen des spanischen Lloyds beschlossen.

Regula Keller.

Von

Adolf Frey.

Zu Kellers hundertstem Geburtstag im Juli erscheinen die wertvollen „Erinnerungen an Gottfried Keller", von Adolf Frey, in neuer erweiterter Auflage. (Verlag H. Haessel, Leipzig.) Wir entnehmen dem Buche den schönen Abschnitt über Gottfried Kellers Schwester.

Als ich auf dem Bürgli eines Tages bei Gottfried Keller saß und wir schon einen recht erklecklichen Rauch zusammengebracht hatten, ging die Türe leise und langsam auf. Darunter erschien die Fräulein Regula Keller und sagte, ganz mit der verdrießlichen Stimme ihres Bruders: „O, was habt Ihr da für einen Rauch! Macht doch die Fenster auf!" Der Herr Alt-Staatsschreiber hob den gesenkten Kopf um ein weniges, die Augen aber nicht, und erwiderte trocken: „Wir machen dann schon auf, wenn wir ersticken."

Sie war an Haltung, Gang, Antlitz und Gebärden dem Dichter ähnlich, nur fehlte ihr ein schöner Mund, und der starke Unterkiefer war etwas vorgeschoben. Sie teilte mit ihm den schweren, langsamen Aufschlag der braunen Augen und das eigentümliche Lächeln, das in den Mundwinkeln anhob und wie ein stilles Leuchten über das ernste Gesicht hinaufwanderte. Sie mochte übrigens in ihrem Leben gar viel mehr sorgenvoll geblickt als gelächelt haben, denn ihre Tage waren nicht eben sonnige gewesen. Während der Jugendjahre half sie der Mutter das kümmerliche Hauswesen besorgen, dann verdiente sie ihr Brot als Verkäuferin in einem Schirmladen. Als Keller, arm wie eine Kirchenmaus, von Berlin zurückkehrte, fand er bei ihr Unterkunft, wie später umgekehrt Schwester und Mutter zu ihm in die Amtswohnung zogen, nachdem er „der Herr Staatsschreiber" und ein geborgener Mann geworden. Nun gab sie ihren Beruf auf und führte dem Bruder bis an ihren Tod die Haushaltung in untadeliger Weise, wie sie es verstand und wußte, und nach ihrem Kopfe; so lange sie sich auf den Beinen halten und regieren konnte, kam keine Magd ins Haus, höchstens etwa eine Aushilfe.

Sie ging daheim wie die geringste Magd gekleidet oder noch unansehnlicher, ein unscheinbares Hauswürzelchen; denn sie hielt nicht viel auf die eigene Ausstaffierung, wogegen sie ihrem Gottfried nachdrücklich für Kleider und einen beträchtlichen Vorrat der schönsten Wäsche sorgte.

Sie war der Bruder ohne seine hervorragenden Gaben, aber auch ohne seine Schwächen. Wiewohl als Tochter eines unbemittelten, kleinbürgerlichen Handwerkers mit geringer Schulbildung ausgestattet, vergnügte sie sich gerne an Büchern und besaß, wie der Dichter, einen ausgeprägten Natursinn. So oft es Wetter und Hausgeschäfte erlaubten, weilte sie in dem zur Staatsschreiberei gehörigen Garten und setzte sich später, als das Pärchen die Staatswohnung verlassen, mit Vorliebe unter das grüne Dach irgendeines Baumes, um still ins Land hinauszublicken. Ein geistiger Verkehr zwischen den Geschwistern und eine Unterhaltung über das Innere von Meister Gottfrieds dichterischen Angelegenheiten blieb ausgeschlossen. Wollte sie sich ein literarisches Vergnügen bereiten, so lieh sie sich bei Nachbarn einen Band der „Gartenlaube". Aber sie trug dem Bruder zweifelsohne manchen charakteristischen Zug zu, da sie sich, ohne selber viel zu sagen, mit weiblicher Neugier um die Historien und Geschehnisse ihrer Bekannten und anderer kümmerte. Von einer Seite, die es wissen konnte, verlautete, sie habe des Bruders Werke gelesen, jedoch ohne Eile, und habe gewartet, bis sie jeweilen gedruckt und eingebunden vorlagen. Er selber aber erwiderte in den letzten Lebensjahren einer deutschen Verehrerin, als sie ihn anläßlich ihres Besuches in Zürich zum hübschen Verkehr mit der Schwester beglückwünschte, den sie auch für einen literarischen hielt: „Meine Schwester hat nie etwas von meinen Sachen gelesen." Uebrigens erhob sie Klage, daß sie der Bruder im „Grünen Heinrich" unterdrückt und ihre Existenz ignoriert hatte.

Die beiden führten ein einträchtiges Leben, indem jedes den Besonnenheiten des andern den möglichst weitgemessenen Spielraum gönnte. Wenn Gottfried abends ausging, so blieb sie mitunter bis tief in die Nacht auf, um dem Heimkehrenden in einem an eine Schnur gebundenen „Finken" — so heißen in der Schweiz die aus Stoffresten geflochtenen Hausschuhe — den Hausschlüssel hinunterzulassen. Indessen gab es Fragen, wo sie nach ihrem Gutdünken entschied und allen Stürmen des andern Teils sieghaft standhielt. In der Schule eines kärglichen Lebens sparsam geworden und diese Kunst immer weiter ausbildend, kämpfte sie mit den Gemüseweibern und dem Fleischer, wie weiland ihre Mutter, die Frau Lee im „Grünen Heinrich", nur mit etwas mehr Ausdauer und Schärfe; aber diese Sparsamkeit besserte zur Zeit der ersten Dienstjahre die finanzielle Lage des Staatsschreibers, der zwar nichts weniger als ein Verschwender, aber doch auch kein Horthüter war. Am Essen und sonst ließ sie ihm nichts abgehen, außer daß sie diese oder jene Speise vom Tisch verbannte, wie sehr sie ihm auch munden mochte.

Uebrigens war Keller ein tüchtiger Esser, der Hunger und ungenügende Sättigung — bis zum Staatsdienst keine seltene Sache — bei seinem gesunden Magen schwer empfand und in einer, später allerdings getilgten, Gedichtstelle auch berührte. Beim schwarzen Kaffee forschte einst ein Bekannter: „Ach, Herr Staatsschreiber, heute vormittag, bei dem herrlichen Wetter, haben Sie gewiß etwas recht Schönes und Poetisches gedichtet!" — „O ja", — erwiderte er trocken, „ich habe einen großen Topf voll Senf eingemacht!" Nicht umsonst wird in seinen Werken so oft und so gut geschmaust, und man fühlt wohl, mit welchem Behagen der Verfasser das leckere Mahl des Schneiders Strapinsky auftragen und verschwinden läßt.

Unter den Bekannten wünschte einer die brüderliche Anerkennung durch eine poetische Urkunde bekräftigt zu sehen und stellte an den Dichter die Forderung: „Herr Staatsschreiber, Sie sollten doch einmal ein Gedicht auf die Schwester machen!" Er entgegnete: „Meine Schwester ist mir ganz recht, aber begeistern tut sie mich nicht!" Sie war ihm freilich recht, und er hätte nicht der tiefe Menschenkenner und ganze Mann gewesen sein müssen, um so viel tapfere Tüchtigkeit nicht zu würdigen. Doch sah gerade sie vielfach richtiger in andere Menschen hinein, weil ihr keine Phantasie in die Quere kam, und er räumte ihr in der Beurteilung seines Umgangs ein gewichtiges Wort ein. Wenn sie warnte, wenn sie von einem vielleicht schon seit Jahren gepflegten Verkehr abriet, dann brach er meistens kurzweg, und der Betroffene trollte sich, ohne jede Ahnung, daß das unscheinbare, alte Wesen, das ihn unter der Türe empfing und mit dem er vielleicht ein kleines Gespräch anzuknüpfen versucht hatte, die Anstifterin des Umschwungs war.

Die Jahre des Alters mit ihrem Gefolge von Beschwerden und Krankheiten, die den Gedanken an ein letztes Scheiden in drohende Nähe rückten, offenbarten erst die Anhänglichkeit zwischen den Geschwistern, deren kurz angebundene Spröde das warme Fühlen markierte. Da der Schwester die Ausgänge in die Stadt zu mühsam wurden, zog Keller ihr zuliebe von dem schönen Bürgli herunter in das am Zeltweg gelegene Haus zum „Thaleck", wo er statt der Stille einen fast beständigen Gassenlärm und statt der Aussicht über See und Gebirge einen beschränkten Blick auf wenige Häuser fand. Als er später nach den Ragazer Heilquellen fahren sollte, und zur anberaumten Stunde ein Freund als Reisebegleiter sich eingestellt hatte, weigerte sich der Dichter, mitten unter den eingepackten Reisesachen stehend, die Kur anzutreten. „Die Schwester hat die ganze Nacht geweint, daß ich sie verlassen wolle. Ich bleibe. In Ragaz fände ich doch keine ruhige Minute. Wenn es an der Tür pochte, müßte ich immer denken: Jetzt kommt eine Depesche und meldet, daß es mit der Schwester schlimm stehe!"

Ihr Leiden gestaltete sich gegen den Herbst 1888 stetig qualvoller und gefährlicher, so daß man das dunkle Ende vorher sah und ihr eine baldige Hinwegnahme wünschen mußte. Der Greis waltete lange Nächte hindurch seines Amtes als Krankenpfleger, ohne Klagen und ohne sich selber die nötige Ruhe zu gönnen. Am 10. Oktober erhielt ich die vom vorhergehenden Tage datierte Traueranzeige: „Sonnabends, den 6. Oktober, nachmittags 3½ Uhr, verschied nach längerer Krankheit und zuletzt schweren Leiden meine liebe Schwester Regula Keller im 67. Altersjahre. Zu ihrer wohlverdienten Ruhe eingehend, wurde sie heute dem Grabe übergeben."

Durch die Regenschauer eines frühen Herbstes fuhr er mit der Entschlafenen hinaus nach dem Kirchhof auf der „Rehalp", wo auch Heinrich Leuthold von seinem Erdenleid ausruht. Nur wenige Freunde begleiteten ihn, kein Pfarrer war zur Bestattung geladen. Der Bruder trat noch an die Grube heran, in welche eben der Sarg versenkt wurde, warf einen langen Blick hinunter und sagte mit tiefem Seufzer: „Nun, in Gottes Namen!"

Das war die Leichenrede, die über dieser Gruft ertönte. Dann feuchtete eine Träne sein Auge, und er wandte sich still ab.

Der Schlag, den er erwartet, warf ihn nicht nieder, und selbst über der Bahre behielt der Greis ein Stück seines Humors, indem er den Leiter des Bestattungsgeschäftes, dem er die nötigen Anordnungen übertrug, den „Totenmajor" nannte. Aber die Freunde, denen der Heimgang der Schwester als ein Verhängnis für den Bruder erschien, behielten recht. Er sprach nicht viel von der Entschwundenen, denn alles Klagen und Jammern widerstrebte seiner gelassenen Tapferkeit. Mitunter verriet sich der Schmerz seiner Seele: er nahm, ein Jahr vor seinem Tode, das Sparbüchlein der Schwester nach Seelisberg mit und wollte sich durchaus nicht davon trennen. „Du gutes Regele", sagte er mit nassen Augen, „wie hast Du für mich gespart! Es wäre besser gewesen, Du hättest es für Dich gebraucht."

Noch deckte sie der Hügel nicht zwei Jahre, so schlugen die Flammen des Krematoriums über ihm zusammen.

Paul Deussen, der Kieler Philosoph, ist im Alter von 74 Jahren gestorben. Einer der einflußreichsten Lehrer de[r] Philosophie ist mit ihm dahingegangen. Nach langen Wanderjahren die ihn weit in der Welt herumführten, kehrte er 1881 nach Deutschland zurück, um sich in Berlin zu habilitieren. Seit 1889 war e[r] Ordinarius in Kiel. In seinen Schriften suchte er auf der Linie die von Kant über Schopenhauer führt, fortzuschreiten. Besonder[s] der indischen Philosophie der Veden räumte er einen starken Einflu[ß] auf sein Denken ein, deren Studium er sich in seinem „System de[s] Vedanta", in seinem „Sutras des Vedanta" und seine[n] „60 Upanishads des Veda" gewidmet hat. 1894 bis 1899 erschie[n] seine „Allgemeine Geschichte der Philosophie mit besonderer Berücksichtigung der Religionen".

Ausschuß für Hochschulreform. Um eine einheitliche Besprechung der Fragen der Hochschulreform zu erreichen, hat der Reichsausschuß der Akademischen Berufsstände, der sämtliche Akademikerverbände und -gruppen umfaßt, einen Ausschuß aus Dozenten, Hochschulassistenten, berufstätigen Akademikern und Studenten eingesetz[t]. Die berufstätigen Akademiker wollen auf wirksame Vertretung ihre[r] Pläne für die Hochschulreform nicht Verzicht leisten und erstreben i[n] dieser Frage ein gemeinschaftliches Zusammenarbeiten mit Dozente[n] und Studenten. Es muß verhütet werden, daß die Hochschulrefor[m] einseitig als Professoren- oder Studentenangelegenheit betrachtet un[d] dadurch die wertvolle Arbeit, die in den Verbänden der berufstätige[n] Akademiker schon jahrelang im Sinne einer Neuorganisation des Hochschulunterrichts und der akademischen Selbstverwaltung geleiste[t] worden ist, nicht genügend fruchtbar gemacht wird. Den Vorsitz de[s] Ausschusses hat der Charlottenburger Ordinarius für Bauingenieurwesen, Geh. Baurat Professor de Thierry übernommen. Sei[ne] Geschäftsstelle befindet sich im Bureau des Reichsausschusses d[er] Akademischen Berufsstände, Berlin C. 2, Burgstraße 28.

Handels- und Gewerbeverwaltung.

Preußische Landesversammlung.

41. Sitzung.

Dienstag, den 8. Juli, mittags 1 Uhr.

Am Regierungstisch: Haenisch.

Vizepräsident Dr. **Frentzel** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst 6 Anfragen.

Abg. **Brückner** (Soz.) fragt, ob der Regierung bekannt ist, daß bis in die letzte Zeit hinein auf den Landratsämtern Geheimakten über Sozialdemokraten geführt worden sind, ob die Regierung die Führung solcher Akten unmöglich machen und die vorhandenen sofort vernichten lassen will.

Ein **Regierungsvertreter** erwidert, daß die erwähnte Tatsache der Regierung nicht bekannt ist, daß sie die Führung solcher Geheimakten für unzulässig ansieht und sämtlichen landrätlichen Behörden von dieser Auffassung mit dem Ersuchen Kenntnis gegeben hat, etwa vorhandene Akten sofort zu vernichten.

Zur Ergänzung der Anfrage wünscht Abg. **Brückner** (Soz.) Auskunft darüber, ob die Regierung wisse, daß mindestens bis zum 9. November 1918 derartige Akten geführt worden sind.

Der **Regierungsvertreter** verneint auch diese Frage.

Auf die Anfrage des Abg. **Sämisch** (U. Soz.) nach den Gründen der Verzögerung der Auszahlung von Rentenzuschlägen an versorgungsberechtigte Militärpersonen gibt

ein **Regierungsvertreter** ausführliche Auskunft über die Schwierigkeiten, die sich der Auszahlung bisher entgegengestellt haben, und über die zur Beschleunigung der Auszahlung ergriffenen Maßnahmen. Es geschehe alles, was im Bereich der Möglichkeit liege, um den berechtigten Ansprüchen der Betreffenden zu entsprechen; auch dem Personalmangel im Kriegsministerium sei man abzuhelfen eifrig bemüht. Aus staatsrechtlichen Gründen sei eine einfache Zusatzanweisung für die Rentenempfänger nicht angängig.

Abg. **Koßmann** (Zentr.) bringt in einer Anfrage die Mängel der Zuckerversorgung im Saargebiet zur Sprache, die durch das Versagen der Zuckerfabrik Frankenthal infolge Mangels an Rohstoffen und Kohlen entstanden sind und dazu geführt haben, daß in den Kreisen Ottweiler und St. Wendel im April, Mai und Juni überhaupt kein Zucker ausgegeben werden konnte, während in den Kreisen Saarbrücken und Saarlouis die Zuckervorräte ebenfalls aufgebraucht sind.

Ein **Regierungskommissar** teilt mit, daß mit den besetzenden Mächten über die Erleichterung der Zuckerversorgung des Saargebiets Verhandlungen angebahnt sind, die noch nicht zum Abschluß gebracht werden konnten.

Eine Anfrage des Abg. **Grebe** (Zentr.) bezieht sich auf die Schäden an Gebäuden und Einrichtungen im Regierungsbezirk Osnabrück, die infolge der Belegung mit Truppen entstanden sind, welche im besetzten Gebiete ihre Garnison hatten: Diese Schäden seien hauptsächlich durch Zwangseinquartierungen den Quartiergebern zugefügt worden. Die Heeresverwaltung weigere sich, die Schäden zu vergüten.

Ein **Regierungsvertreter** erklärt, daß auch in dieser Beziehung Erhebungen angeordnet sind.

Auf die Anfrage des Abg. Grafen **von Kanitz** (D. Natl.), welche der Abg. **Gräf**-Anklam verliest, was geschehen werde, um die im besetzten Rheinland durch die Besatzungstruppen der Entente schwer geschädigten Landwirte zu unterstützen, wird von einem **Regierungsvertreter** erwidert, daß der Regierung von diesen Schädigungen der Ernte und der Wiesen durch eine Eingabe der Landwirtschaftskammer der Rheinprovinz und durch die Zeitungen Kunde geworden ist. Das Staatsministerium habe den neuernannten Staatskommissar für das besetzte Gebiet beauftragt, alles zu tun, um weitere Schädigungen zu verhindern, und habe auch den Reichsernährungsminister ersucht, soweit möglich, durch Lieferung von Futtermitteln einen Ausgleich herbeizuführen.

In einer Anfrage **Rippel** (D. Natl.), verlesen vom Abg. Gräf, wird zur Sprache gebracht, daß der Landeshauptmann der Provinz Westfalen durch besondere Verfügung den Straßenwärtern der Provinz Westfalen den 8-Stundentag vorenthalten hat.

Ministerialdirektor **Neuhaus** teilt mit, daß das Landesdirektorium angewiesen ist, auch die Straßenverwaltung als gewerblichen Betrieb im Sinne der Verordnung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 23. November 1918 anzusehen.

Der Gesetzentwurf über die Umbildung des Kommunallandtags der Hohenzollernschen Lande geht an den Gemeindeausschuß.

Auf der Tagesordnung steht dann die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen usw.

Der **Vizepräsident** teilt mit, daß der Wunsch geäußert worden ist, diese Vorlage erst morgen zu beraten.

Abg. **Rosenfeld** (U. Soz.) erhebt dagegen Einspruch. Das Zentrum steckt dahinter. Es präsentiert jetzt seinen Schein. Es handelt sich um eine dringliche Angelegenheit, die nicht vertagt werden kann.

Das Haus beschließt, die Vorlage erst morgen zu behandeln.

Auf der Tagesordnung steht dann ein Antrag auf Errichtung einer Zentralstelle zur Förderung des Volkshochschulwesens.

Abg. **Heß** (Zentr.) beantragt, den Antrag bis zum Freitag zurückzustellen, da der Zentrumsredner erkrankt sei.

Abg. **Rosenfeld** (U. Soz.) erhebt Widerspruch. Wieder will das Zentrum die Erledigung einer Bildungsfrage verhindern. Der Appetit kommt ihm beim Essen.

Ministerialdirektor Dr. **Kestner** bittet, die Frage möglichst bald zur Entscheidung zu bringen.

Abg. Dr. **Friedberg** (Dem.) beantragt, den Antrag ohne Aussprache dem Gemeindeausschuß zu überweisen.

Es wird so beschlossen.

Darauf wird die Aussprache über die Handels- und Gewerbeverwaltung fortgesetzt.

Abg. **Haberland** (Soz.) legt die Stellung seiner Partei zu den Mittelstandsfragen und zur Planwirtschaft dar. Der Vorwurf der Mittelstandsfeindlichkeit, den man der Sozialdemokratie fortgesetzt macht, ist völlig unbegründet. Die Sozialdemokratie ist stets für eine vernünftige Mittelstandspolitik eingetreten, so für die Reform des Lehrlingswesens, für den Ausbau des Fachschulunterrichtes usw. Allerdings hat die Sozialdemokratie das Handwerk stets vor Illusionen gewarnt, nicht zuletzt im Interesse des Handwerks selbst. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die bürgerlichen Redner haben die Wiederherstellung des freien Handels gefordert. Was hat denn der freie Handel im Kriege Besonderes geleistet? Herr Leidig spricht von den großen Opfern des Handels. Wer sind denn diese Opfer? Höchstens kann man doch sagen, daß der Profit für einen Teil des Handels nicht so hoch war wie vor dem Kriege. Das ist doch kein Kriegsopfer. Die Kriegsgesellschaften haben gewiß Fehler gemacht, aber diese Fehler werden viel zu sehr verallgemeinert und maßlos übertrieben. Ohne die vielgeschmähte Zwangswirtschaft wäre Deutschland schon im Anfange des Krieges wirtschaftlich zusammengebrochen. (Zustimmung bei den Soz.)

Abg. **Esser** (Zentr.): Gegen Frau Arendsee bemerke ich, daß wir das Verhältnis der Hausangestellten weniger als ein rein gewerbliches Lohnverhältnis und vielmehr in der Hauptsache als ein Vertrauensverhältnis auffassen. Von diesem Standpunkte aus ist die Forderung des Achtstundentages für die Hausangestellten undurchführbar. Es würden, um junge Mädchen zu schonen, Frauen und Mütter doppelt und dreifach belastet werden müssen. Dem Mittelstande hat das Zentrum stets das größte Wohlwollen gewidmet. Wenn jetzt auch die Partei des Vorredners dem Mittelstand und dem Handwerk ihr Wohlwollen versichert, so wolle man uns nicht übelnehmen, wenn wir das mit einem gewissen Mißtrauen aufnehmen. Auf seine Haltung in sozialpolitischen Fragen kann das Zentrum mit Recht stolz sein. Alle sozialpolitischen Gesetze bis hin zu der Versicherungsgesetzgebung sind gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen worden. Das Handwerk, das sich vor dem Kriege in erfreulichem Aufschwunge befand, hat durch den Krieg schwere Schädigungen erfahren. Keinem anderen Erwerbszweig hat das Hindenburgprogramm so viel zugemutet, als gerade dem Handwerk. Und was an Ordnung und Selbständigkeit der Krieg im Handwerk noch übrig gelassen hat, das hat die Revolution zugrunde gerichtet. Das Auswachsen der Revolution zu einer schrankenlosen Lohnbewegung, die Arbeitslosigkeit und das Streikfieber haben dem deutschen Wirtschaftsleben mehr Schaden zugefügt als selbst der Krieg. (Zustimmung rechts.) Alle amtlichen Stellen haben das Handwerk ihrer Sympathie und ihrer tatkräftigen Fürsorge versichert; dennoch sieht es sich auf das tiefste beunruhigt durch die sogenannte Planwirtschaft, die seine wirtschaftliche Selbständigkeit bedroht. Die Sozialisierung kann das Handwerk bis zu einem gewissen Grade mitmachen, aber alles Experimentieren muß vermieden werden. Wir sind da einer Meinung mit dem Abg. Dr. Kalle, auch was den Lebensmittelhandel anbetrifft. Gegen die Kommunalisierung wird das Handwerk sich wehren, wenn sie nur mit Preisgabe der selbständigen Existenz des einzelnen Gewerbetreibenden durchzuführen ist. Für das Handwerk war der Abg. Euler für seine Zeit der richtige Mann; aber unter dem Einfluß der modernen Anschauungen ist eine andere Generation emporgekommen, die nicht nach Staatshilfe verlangt, sondern die Selbsthilfe in den Vordergrund stellt. Insoweit ist das Handwerk jetzt auch dem Grundgedanken der Kommunalisierung geneigt, wenn ihm ein gebührendes Mitbestimmungsrecht gewährt wird. Redner äußert sich dann über die zu dem Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung gestellten Anträge, verlangt, daß die Fortbildungsschule nicht bloß als Fachschule, sondern auch als Erziehungsschule für die innere Ertüchtigung zu wirken habe, und reklamiert auch für die Fortbildungsschüler die religiöse Beeinflussung als eine unbedingte Notwendigkeit. Das Handwerk verwirft heute jede Ausnutzung der Lehrlinge auf das entschiedenste, es stellt die gründliche moralische, sittliche und technische Ausbildung des Lehrlings als seine erste Pflicht hin. Die Gesellen im Handwerk sind für den Achtstundentag noch nicht reif, in ihrer freien Zeit machen sie jetzt den Meistern eine äußerst unliebsame Konkurrenz. Den Anträgen, welche Schutz gegen den Terrorismus und Sicherung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter fordern, stimmt der Redner zu, und empfiehlt die Annahme des bezüglichen Vorschlags des Handels- und Gewerbeausschusses. Alle Arbeit an der Wiederaufrichtung des deutschen Wesens wird vergebens sein ohne eine gründliche sittliche Erneuerung; dabei ist der Handwerkerstand nicht zu entbehren. (Beifall rechts.)

Abg. **Conradt** (D. Natl.): Wenn man die gegenwärtige Lage übersieht, so könnte man fast an der Zukunft verzweifeln. Es ist sehr schwer, aus den Trümmern etwas Neues zu schaffen. Die wilden Streiks verhindern jeden Wiederaufbau. Die Führer haben die Massen völlig aus der Hand verloren. Wir sind Gegner der Planwirtschaft, besonders auch mit Rücksicht auf das Handwerk. Die Reichswirtschaftsstellen nennt man im Volke vielfach Reichsverwirtschaftsstellen. (Sehr richtig! rechts.) Sie haben die Preise überall verteuert. Der freie Handel muß sich wieder betätigen. Wo wir sonst hinkommen, sehen wir an dem Beispiel der Heereswerkstätten in Spandau. Wir wollen kein Handwerksministerium, aber wir wollen für die Handwerker eine besondere Stelle im Ministerium für Handel und Gewerbe, die sich nur mit Handwerkerfragen beschäftigt. Der Beirat ist nur eine Abschlagszahlung. Die Behörden müssen auch engere Fühlung mit den Handwerkskammern haben. Der Streik der Fortbildungsschüler ist ein Zeichen der Zeit. Die Schüler wollen Bezahlung dafür, daß sie für sich was lernen sollen.

Abg. **Tegeder** (D. Vp.): Wir sehen auch auf wirtschaftlichem Gebiet ein klares Programm von der Regierung und begrüßen es, daß Ministerpräsident Bauer am Donnerstag sich über diese Fragen in der Nationalversammlung eingehend äußern will. Wir erwarten, daß er die Planwirtschaft ablehnt, denn weder bei der Planwirtschaft noch bei einer Sozialisierung ist ein Wettbewerb mit dem Ausland möglich. Gegen die Sozialisierung bestehen an sich schwere Bedenken, in der Jetztzeit aber ist sie völlig unmöglich. Durch Reichsgesetz muß die Fortbildungsschule für alle Jugendlichen bis zum vollendeten 18. Jahre obligatorisch gemacht werden. Die Fortbildungsschule ist mit in den Plan der Einheitsschule aufzunehmen.

Nach 6 Uhr wird die Fortsetzung der Beratung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt.

Reich und Bundesstaaten.

Interfraktioneller Beamtenausschuß der Nationalversammlung.

Weimar, 8. Juli. Ein interfraktioneller Beamtenausschuß der Nationalversammlung hat sich heute in Uebereinstimmung und im Benehmen mit den Fraktionen gebildet. In der Aussprache einigte man sich dahin zunächst die Frage einer Teuerungszulage für alle Beamten und Lehrer durchzusprechen und sodann die Rätefrage, das Mitbestimmungsrecht der Beamten in Betrieb und Verwaltung näher zu erörtern. Bei Besprechung des ersten Punktes stellte sich die Mehrzahl der Redner auf den Standpunkt, daß eine einmalige Teuerungszulage gegeben und für deren Verteilung nicht drei, sondern nur zwei Teuerungsbezirke geschaffen werden sollen; mit der Regierung soll darüber in Verhandlungen getreten und diese gebeten werden, Vertreter der einzelnen Ressorts zur nächsten Sitzung zu entsenden. Angeschnitten wurde auch die Frage des Aufstiegs befähigter unterer Beamten und Arbeiter in höhere Staatsstellen. Von den Abgeordneten Allekotte (Ztr.) und Delius (Dem.) wurde angeregt, im Hinblick auf die Bildung des 21 gliedrigen interfraktionellen Ausschusses in dem die Beamtenfragen nun eingehende Behandlung finden können, die eingereichten Beamteninterpellationen zurückzuziehen. Abg. Deglerk (Deutschnatl.) glaubte diesem Wunsche nicht entsprechen zu können, die Beamtenverhältnisse müßten vor aller Öffentlichkeit einmal besprochen werden. Die Redner anderer Parteien erklärten, einer solchen öffentlichen Aussprache durchaus aus dem Wege gehen zu wollen, der Wunsch auf Zurückziehung sei Zweckmäßigkeitsgründen entsprungen; dadurch könnte viel Zeit gewonnen werden zur Erfüllung der noch zu lösenden schweren Aufgaben.

Ein Ernährungskommissar für das besetzte Gebiet.

Das Reichsernährungsministerium hat zur Wahrnehmung der ihm obliegenden Interessen der Lebensmittelversorgung in den besetzten Gebieten, namentlich in Fragen der Ein- und Ausfuhr von Lebens- und Futtermitteln und Rohstoffen für die Lebensmittelindustrie, den früheren Bevollmächtigten des Reichsernährungsministeriums in Budapest, Regierungsrat Claußen, als Kommissar mit dem Sitz in Köln ernannt.

Das Kirchenaustrittsgesetz in Sachsen.

S. **Dresden**, 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die sozialistische Mehrheit der sächsischen Volkskammer nahm heute ein Kirchenaustrittgesetz an, das den Austritt aus einer Kirchengemeinschaft insofern erleichtert, als in Zukunft dazu nur eine Erklärung vor dem Standesbeamten notwendig ist. Gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien wurde als Austrittsalter das 14. Lebensjahr bestimmt, während die Regierungsvorlage das 16. Lebensjahr vorschlug.

Die sächsische Volkskammer hat die Errichtung der Stelle eines Landesgewerbearztes beschlossen. Auf diesen Posten wird der erste Schularzt von Chemnitz, Professor Dr. Thiele berufen werden.

Unmögliche Lohnforderungen der Dresdener Kellner.

S. **Dresden**, 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung). Heute nachmittag um 3 Uhr sind sämtliche Gastwirtsangestellten von Dresden in den Ausstand getreten. Sie verlangen u. a. für ganz junge Gehilfen ein Monatsgehalt von 900 *M*, was von den Gasthofbesitzern abgelehnt wurde. Die Gasthausbesitzer haben beschlossen, sofort den Betrieb bis auf weiteres einzustellen. — Die in den kleineren Betrieben arbeitenden Bäckergehilfen haben von den Arbeitgebern in einem Ultimatum bis zum 11. Juli die Erhöhung der Wochenlöhne um 40 *M* gefordert, sodaß ein solcher Bäcker ein Wochengehalt von 100 bis 120 *M* haben würde.

Rückgang der Arbeitslosen in Stettin.

W. **Stettin**, 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Auf dem Arbeitsmarkt in Stettin zeigte sich im Monat Juni eine wesentliche Besserung. Es konnten 4841 Stellen nachgewiesen werden gegenüber 2385 im Monat Mai. Die Zahl der Erwerbslosenunterstützung Beziehenden betrug noch 2399. Die Anforderungen der Landwirtschaft konnten jedoch nicht erfüllt werden. Für 215 angebotene Stellen meldeten sich nur 46 Bewerber.

Aufnahme des Schiffsverkehrs nach Finnland.

W. **Stettin**, 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die regelmäßige Schiffsverbindung zwischen Stettin und Finnland ist jetzt wieder aufgenommen worden. Die Finska Angfartygs Aktiebolaget in Helsingfors läßt alle 14 Tage den für Passagiere eingerichteten Dampfer „Tornea" zwischen Stettin und Finnland wieder verkehren.

Personalnachrichten.

Das „Militärwochenblatt" meldet: Zierold, Gen. Maj., Kom. d. 21. Kav. Brig., b. Kriegsbeginn Kom. d. Drag. R. 24, in Genehmigung seines Absch. Gesuchs m. d. gesetzl. Pens. z. Disp. gestellt. — Aus der bayerischen Armee werden folgende Personalveränderungen gemeldet: Höhn, Gen. d. Art. z. D., als kom. Gen. d. I. A. K. verwendet. Düll, Gen. Maj., Komd. d. 2. Feldart. Brig., Sambhaber, Gen. Lt., vor d. Kriege Komdt. d. Fest. Ingolstadt, in Genehmigung ihrer Abschiedsgesuche m. d. gesetzl. Pens. z. Disp. gestellt. Burkhardt, Gen. Lt., vor d. Kriege Kom. d. 4. Feldart. Brig., m. Wahrn. d. Geschäfte d. kom. Gen. d. II. A. K. beauftragt. Zoellner, Gen. Maj., vor d. Kriege Abt. Chef d. Zentralstelle d. Gen. Stabes und komdt. zum Preuß. Gr. Gen. Stabe, m. Wahrn. d. Geschäfte d. kom. Gen. d. III. A. K. beauftragt.

Die Streikbewegung im Reich.

Der Streik in Schlesien.

Der Streik auf der Brandenburg-Grube im Kattowitzer Revier ist erloschen. Der Streik auf der Myslowitzer Grube ist im Abflauen begriffen. Dort streiken zurzeit noch 30 % der Belegschaft. Im Rybniker Revier nimmt der Streik jedoch weiter zu. Es streiken dort zurzeit die Anna-Grube, die Emma-Grube, Römer-Grube, Blücher-Grube, Donnersmarck-Grube und Charlotten-Grube, und zwar alle drei Schächte. Die Forderungen der Streikenden sind: Auflösung des Staatskommissariats, Zurückziehung des Grenzschutzes, Freilassung aller politisch Verhafteten, Begnadigung aller politisch Verurteilten, sofortige Beurlaubung der Begnadigten. Oekonomische Forderungen werden überhaupt nicht mehr gestellt. Es handelt sich also offenkundig um einen politischen Streik, bei dem unschwer zu erkennen ist, daß die Polen dahinter stecken.

Eisenbahnerstreik in Tarnowitz.

Kattowitz, 8. Juli. Nach Mitteilung der Pressestelle sind auf Bahnhof Tarnowitz die Eisenbahner ausständig. Sie fordern die Lohnsätze einer höheren Teuerungszone; Verhandlungen sind sofort angeknüpft. Augenblicklich ist der Verkehr Tarnowitz—Oppeln, Tarnowitz—Kreuzburg und Tarnowitz—Beuthen gesperrt. Die Streikleitung will für die Milchbeförderung Sorge tragen.

Streikzunahme im sächsischen Steinkohlenrevier.

S. **Dresden**, 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Streik im Zwickau-Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier hat auf alle Gruben übergegriffen. Er geht von den Gruben Vereinsglück und Kaisergrube im Lugauer Bezirk aus, der die bekannte Hochburg der Spartakisten und Kommunisten im sächsischen Steinkohlenrevier ist.

Stillegung von Kaligewerkschaften.

Halle a. S., 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Außer den Gewerkschaften „Thüringen" und „Roßleben" haben die vier Kaligewerkschaften „Orlas", „Neora", „Georg" und „Unstrut" den Betrieb eingestellt nach ordnungsgemäßer Entlassung der Belegschaften. Wie die Verwaltung von Orlas jetzt mitteilt, haben sich die Belegschaften geweigert, die zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinbarten Arbeitszeiten innezuhalten. Bei „Roßleben" und „Thüringen" wurde willkürlich die Arbeitszeit verkürzt und durch Mißhandlung der Direktoren die Nachzahlung der hierauf gekürzten Lohnsumme erpreßt. Die Direktionen wurden nach Naumburg verlegt.

Der Berliner Verkehrsstreik.

Am gestrigen Dienstagnachmittag fanden auf dem Hochbahnhof Nordring, im Unterdrundbahnhof Bismarckstr., am Hochbahnhof Warschauer Brücke und im Straßenbahnhof Urbanstraße Versammlungen der Streikenden statt. Alle Redner forderten die Anwesenden auf, im Streik zu verharren, da der Sieg sicher sei. Es wurde schließlich eine Resolution angenommen, in der die Angestellten und Arbeiter sämtlicher Verkehrsgesellschaften Groß Berlins der Streikleitung geloben, so lange im Kampfe auszuharren, bis die Verhandlungen zum endgültigen Abschluß gelangt sind. Weiter wird darin die gesamte Arbeiterschaft Groß Berlins um ihre Sympathie gebeten und es wird betont, daß die Streikenden zu jeder Zeit und Stunde zu Verhandlungen bereit seien.

Wie die Omnibusgesellschaft mitteilt, haben ihre Angestellten den Schlichtungsausschuß angerufen.

Wie Streikbeschlüsse gefaßt werden!

Folgende Erklärung geht uns zur Veröffentlichung zu:

In der Vollversammlung der Groß Berliner Arbeiterräte am 1. Juli hatte ein Arbeiterrat der Hilfsangestellten des Berliner Magistrats mitgeteilt, daß die 13 000 Hilfskräfte des Magistrats durch ihren Zentralen Ausschuß beschlossen hätten, in einen Sympathiestreik für die Bankbeamten anläßlich der Verhaftung des Bankbeamtenführers Emonts einzutreten. Diese Mitteilung veranlaßte eine ganze Reihe von Ausschüssen der Hilfskräfte zu der öffentlichen Erklärung, daß sie diesen Beschluß, der ohne ihre Befragung zustandegekommen sei, auf das entschiedenste mißbilligten. Nunmehr nimmt der Zentrale Ausschuß der Hilfskräfte des Magistrats zu dieser Angelegenheit Stellung. Er verbreitet auf Grund einer in der Vollversammlung der Vertrauensleute der Angestelltenausschüsse der Hilfskräfte bei 9 Stimmenthaltungen und gegen nur 1 Stimme angenommenen Resolution eine offizielle Erklärung, in der es u. a. heißt: Die Vertrauensleute stellen sich nach Darlegung des Sachverhaltes bezüglich der Streikproklamation des Zentralen Ausschusses im Falle Emonts auf den Standpunkt, daß sie das Vorgehen des Zentralen Ausschusses nicht nur billigen, sondern für richtig halten und aus taktischen Gründen gut heißen. Die Vertrauensmänner stehen geschlossen hinter dem Zentralen Ausschuß und sprechen ihm ihr vollstes Vertrauen aus. Sie erheben schärfsten Protest gegen die Bestrebungen einzelner Dienststellen, eine Trennung in der Organisation zu erwirken, durch die die Einheitsfront gegenüber dem Arbeitgeber durchbrochen wird, mittels der gegenwärtig allein die wirtschaftliche Besserstellung der Hilfskräfte erzielt werden kann.

Der Inhalt dieser Erklärung scheint eigentlich nicht so bedeutend, daß eine Veröffentlichung lohnend wäre. Es ist aber doch interessant, an Hand einer „berichtigenden" Erklärung feststellen zu können, wie Streikbeschlüsse gefaßt werden. Ein Arbeiterrat faßt einfach einen Beschluß und veröffentlicht ihn nachher im Namen von 13 000 Hilfskräften. Erst später stellt es sich heraus, daß ein großer Teil von diesen gar nicht befragt worden ist. Nach Festlegung dieser Tatsache können wir auch die Resolution der Vollversammlung der Vertrauensleute der Angestelltenausschüsse nur mit einer gewissen Skepsis aufnehmen. Denn nach Veröffentlichung des Briefes von Emonts kennen wir nur zu gut die „taktischen Gründe", die zur Befürwortung eines Streiks Veranlassung geben. Es wäre zu wünschen, daß solche offiziellen Widersprüche endlich einmal unserer betörten Arbeiter- und Beamtenschaft die Augen öffnen.

Die Bankbeamten gegen den Schiedsspruch.

Im großen Saal des Lehrervereinshauses fand am gestrigen Dienstag abend auf Veranlassung des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten eine Mitgliederversammlung statt, die sich mit dem Tarifvertrag zu beschäftigen hatte. Es referierte der Verbandsleiter Marx. Zu Beginn seiner Ausführungen ging der Redner ausführlich auf den Fall Emonts ein, der gezeigt habe, daß der Verband die Belastungsprobe ausgehalten habe. Die Staatsanwaltschaft habe keine Handhabe, um gegen Emonts die Anklage wegen Hochverrats zu erheben. Er habe lediglich im feindlichen Gebiet unter den feindlichen Truppen Propaganda getrieben. Das sei Hochverrat im Sinn des englischen Gesetzes. Die Staatsanwaltschaft habe zugegeben, daß Emonts nach Köln ausgeliefert werden sollte. Selbstverständlich hätten in diesem Fall die englischen Besatzungstruppen Emonts aus dem deutschen Untersuchungsgefängnis ausgehoben und zur Aburteilung gebracht. Die deutsche Regierung habe seit Monaten von der Tätigkeit Emonts' im besetzten Gebiet gewußt, und er sei der Ueberzeugung, daß die Bankleitungen die Verhaftung Emonts' betrieben haben, um den Streik, den sie für den 1. Juli vorausgesehen haben, unmöglich zu machen. Die Staatsanwaltschaft könne den gesamten Vorstand des Allgemeinen Verbandes und auch noch andere Bankbeamte verhaften, aber sie werde den Geist, den sie in den Führern treffen wolle, nicht totmachen können. Die Bankbeamten werden sich selbst den Zeitpunkt aussuchen, in dem sie in den Streik eintreten wollen.

*

Die Vertrauensmänner des Deutschen Bankbeamten-Vereins in den Berliner Großbanken hatten sich gestern abend zwecks Stellungnahme zum Tarifvertrag versammelt. Nach zweistündigem Bericht wurde mit 204 gegen 6 Stimmen bei 5 Enthaltungen beschlossen, den am Sonnabend gefällten Schiedsspruch zu verwerfen.

Im Verlaufe des Abends, gegen 9 Uhr erschien plötzlich Emonts, aus einer Kulisse hervortretend, auf der Bühne und rechtfertigte sein Verhalten. Er erklärte, daß er bereit sei, sich einem deutschen Gericht zu stellen. Nachdem er ungefähr 5 Minuten gesprochen hatte, verschwand er wieder. Die Versammlungsleitung sperrte den Saal für etwa fünf Minuten, um zu verhindern, daß irgend ein Teilnehmer die Polizei benachrichtigte.

Ein neuer Gewaltakt der Polen.

Die deutsche Waffenstillstandskommission hat am 8. Juli dem Chef der französischen Militärmission in Berlin, General Dupont, folgendes Schreiben zugehen lassen:

„Herr General!

Kaum hatte ich meine heutige Protestnote über die letzten polnischen Waffenstillstandsverletzungen an Ew. Exzellenz abgesandt, als mir ein neuer Gewaltakt seitens der Polen berichtet wird, der, was kalte überlegte Grausamkeit anbetrifft, glücklicherweise nur selten übertroffen wird.

Am 6. 7. haben die Polen nördlich Zduny auf neutralem Gebiet zwei deutsche Soldaten des Inf. Rgt. 51 festgenommen und durch ein sofort eingesetztes Kriegsgericht zum Tode verurteilt.

Es wird hierbei besonders hervorgehoben, daß die beiden Soldaten sich absolut keine Handlung zuschulden kommen ließen, um ein solches Urteil auch nur im mindesten zu rechtfertigen.

Die deutschen Kommandobehörden haben es daher an wiederholter Einsprache und allen erdenklichen Bemühungen nicht fehlen lassen, um eine Aufschiebung der Vollstreckung des Urteils zu erzielen und durch eine unparteiische Revision desselben das Leben der beiden unglücklichen Soldaten zu retten.

Trotzdem hat der polnische Abschnittskommandeur in Krotoschin, Hauptmann von Palluch, das Todesurteil bereits am 6. Juli, 12 Uhr mittags in frevelhafter und unverantwortlicher Weise vollziehen lassen.

Indem ich diesen unerhörten Fall polnischer Bestialität Ew. Exzellenz zur Kenntnis bringe, erlaube ich mir, gleichzeitig hinzuzufügen, daß eine derartige Greueltat vor der Menschheit nicht ungesühnt bleiben kann und unverzügliche Genugtuung fordert.

Ich wäre Ew. Exzellenz daher sehr dankbar, wenn Sie mich von den unternommenen Schritten sowie deren Ergebnis freundlichst auf dem Laufenden halten wollten, damit den Truppen die erfolgte Bestrafung der Schuldigen baldmöglichst bekanntgegeben werden kann, da deren Gereiztheit eine solche Höhe erreicht hat und ihre ungeheuere Geduld in letzter Zeit von den Polen in einem solchen Maße herausgefordert wurde, daß sonst eine Gewähr für die Zurückhaltung nicht mehr gegeben werden kann.

Genehmigen Sie, Herr General, die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung.

gez. von Brentano-Trenezzo."

Werbungen für die französische Fremdenlegion im Saargebiet.

Die Zeitungen des Saarlandes veröffentlichen an amtlicher Stelle eine Bekanntmachung, nach der laut Gesetz vom 18. April 1919 Ausländer von jetzt an in die Fremdenlegion aufgenommen werden. Bis zur offiziellen Beendigung des Kriegszustandes sollen diese Aspiranten sich zunächst für die Dauer des Krieges, gleichzeitig aber durch einen zweiten Vertrag für ein weiteres Jahr zum Dienste in der Fremdenlegion verpflichten. Die Bekanntmachung ist nicht unterschrieben; daß sie aber von der französischen Behörde stammt geht ohne weiteres aus dem Schlußsatz hervor, in dem es heißt: „Junge Leute, die sich zu verpflichten wünschen, können zwecks Auskunft sich an den Militärverwalter in Saarbrücken, Schloßplatz 15, wenden."

So werben die Franzosen unter der deutschen Jugend des Saargebiets für ihre Fremdenlegion, während alle Werbungen für die deutschen Freiwilligenkorps behördlich untersagt sind und streng bestraft werden.

Aus Groß Berlin.

Baurechtsfragen im Verbandsausschuß des Verbandes Groß Berlin. Der Verbandsausschuß hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der umgestalteten Bauordnung für die Vororte Groß Berlins beschäftigt, der eine Lockerung der Bauweise in den Vororten anstrebt. So sehr dieses Bestreben zu begrüßen ist, ist die neue Vorortbauordnung eine ganz ungeeignete Grundlage für die Reform des Groß Berliner Siedlungswesens. Der Verbandsausschuß hat daher erneut auf die Notwendigkeit hingewiesen, mit dem bisher geübten Verfahren zu brechen und an seine Stelle eine planvolle Reform treten zu lassen mit dem Ziel, das Baurecht klar, übersichtlich und einheitlich für den Bau- und Wirtschaftskörper Groß Berlin zu gestalten.

Sonderzüge 1919 für den Landaufenthalt der Schulkinder. Die Kinder versammeln sich zwei Stunden vor Abgang des Zuges (Stettiner Bahnhof) auf dem Hofe der 120. Gemeindeschule, Gartenstr. 107 a. 10. Juli „Johann": Fischhausen—Labiau—Niederung, Abfahrt 9,45 Uhr vormittags, Versammlung 7,45 Uhr Gartenstr. 107 a. 11. Juli „Max": Königsberg—Insterburg—Tilsit—Elbing, Abfahrt 9,45 Uhr vormittags, Versammlung 7,45 Uhr Gartenstr. 107 a. 15. Juli „Paul": Ortelsburg—Lötzen, Abfahrt 12 Uhr vormittags, Versammlung 10 Uhr Gartenstr. 107 a. 16. Juli „Xaver": Braunsberg—Friedland—Lyck, Abfahrt 9,45 Uhr vormittags, Versammlung 7.45 Uhr Gartenstr. 107 a. 17. Juli „Quintilius": Mohrungen—Rößel—Gerdauen—Goldap—Stallupönen, Abfahrt 12 Uhr vormittags, Versammlung 10 Uhr Gartenstraße 107 a.

Lebensmittelverteilung. Die Stadt Berlin gewährt den Kindern, die in der Zeit vom 1. September 1914 bis 1. September 1918 geboren sind, einmalig je etwa 100 g Schokolade in Tafeln und 125 g Kakaopulver. Die Ausgabe der Schokolade und des Kakaopulvers für die 4 Jahrgänge erfolgt vom 28. Juli bis 5. August 1919.

Arbeitsnachweis für ausscheidende Militärpersonen. Um zahlreichen Anfragen Rechnung zu tragen, wird nochmals darauf hingewiesen, daß bei der Reichszentrale der Arbeitsnachweise eine „Abteilung für ausscheidende Militärpersonen" behufs Unterbringung ehemaliger Angehöriger des Heeres und der Marine (Offiziere, Beamte, Unteroffiziere) besteht. Das Bureau befindet sich im Statistischen Reichsamt, Kurfürstenstraße 75 III, Zimmer 29/30.

Umzugsgut aus dem Saargebiet ausgewiesener deutscher Beamten (Staats- und Gemeindebeamten), die ihren bisherigen Wohnsitz verlassen müssen und zu dauerndem Aufenthalt nach einem anderen Wohnort übersiedeln oder bereits übergesiedelt sind, wird auf den preußisch-hessischen Staatsbahnen frachtfrei befördert. Von dem Nachweis der Mittellosigkeit oder Hilfsbedürftigkeit wird abgesehen. Die Frachtfreiheit wird auch bei Benutzung von Möbelwagen gewährt.

Letzte Meldungen.

Der Internationale Frauenbund nach Genf verlegt.

R. **Basel**, 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Das Hauptbureau des Internationalen Frauenbundes für Frieden und Freiheit ist von Amsterdam nach Genf, als dem Sitz des Völkerbundes, verlegt worden.

Vorschlag einer nationalen Lotterie in Frankreich.

-l. **Frankfurt a. M.**, 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Paris wird gemeldet: Im Bureau der Deputiertenkammer ist ein Gesetzvorschlag eingegangen auf Schaffung einer nationalen Lotterie von 30 Millionen, bestehend aus 6 Millionen Losen mit 5 Jahre dauernden monatlichen Prämienzahlungen.

-l. **Frankfurt a. M.**, 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung). Um der Unsicherheit in der Bewertung der Luxemburgischen Valuta ein Ende zu machen, wird laut „Frankfurter Zeitung" die Luxemburgische Regierung im Einverständnis mit der Kammer die Gleichstellung des Luxemburger Franken mit dem Franken der lateinischen Münzkonvention in die Wege leiten.

Amsterdam, 8. Juli. „Algemeen Handelsblad" meldet, daß die Ausfuhr von Pferden aus den Niederlanden nach Deutschland wieder gestattet ist. Heute werden von Grooningen etwa 100 Pferde und 30 Rinder nach Deutschland abgehen.

R. **Basel**, 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einem Pariser Bericht der „Humanité" beschlossen die Bergleute des Loire- und des Tarndepartements, das von der Regierung vorgeschlagene Schiedsgericht anzunehmen.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Deutsche Volkswirtschaft.

Der Handelstag zur Wissellschen Denkschrift. Ueber das Wirtschaftsprogramm des Reichswirtschaftsministeriums hat der Hauptausschuss des Deutschen Industrie- und Handelstags in seiner letzten Sitzung eine Erklärung abgegeben, worin er anerkennt, dass die Steigerung der Produktion eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft sei, und dass von der Herstellung einer Interessen- und Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern, Angestellten und Arbeitern durch geeignete Organisationen für den Ausgleich der sozialen Gegensätze und den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft sehr viel abhänge. Er erkennt ferner an, dass der Gedanke eines Wirtschaftsparlamentes fruchtbar sei, wenn der Aufbau, aus dem diese Körperschaft entstehe, nicht zu verwickelt sei und den Handelskammern darin die gebührende Stellung gegeben werde. Er könne aber nicht zugeben, dass diese Ziele durch die Planwirtschaft erreicht werden können. Der Gedanke, die künftige Wirtschaft bedürfe einer stärkeren Fachorganisation, sei an sich gesund; seine Durchführung sei aber bereits früher in Gestalt der freien Fachverbände begonnen und in dieser Richtung werde sich auch die Weiterentwicklung bewegen müssen.

Ausländische Volkswirtschaft.

Die beliebten Solinger Stahlwaren. „Morning Post" meldet, dass in England frisch von Deutschland eingeführte Solinger Scheren verkauft würden; Sheffield liefere Perlmutter und Elfenbein für Messergriffe nach Solingen.

Rückgang der Grundstückspreise in Wien. Die Erwartung, dass infolge des Zerfalles Oesterreich-Ungarns eine Abwanderung aus Wien, insbesondere in den tschechischen Staat, eintrete, veranlasste, nach dem „Handelsmuseum", seit Beginn des Jahres 1919 einen Rückgang der Häuserpreise in Wien etwa um 20 bis 30 v. H. Die Angebote von Zinshäusern, aber auch von Villen und Familienhäusern, steigen. Hauskäufe kommen immer noch, zumeist auf einer Grundlage zustande, die durchschnittlich eine vierprozentige Verzinsung verbürgt.

Belgien und die deutschen Waren. Belgien sieht sich veranlasst, die Einfuhrerlaubnis für einige deutsche Produkte zu erteilen, obgleich es den Vorsatz gefasst hatte, jegliche Neuanknüpfung von Handelsbeziehungen mit Deutschland zu vermeiden. Der Hauptanlass zu diesem Vorgehen lag nicht nur in dem Fehlen wichtiger Waren, die nur in Deutschland hergestellt werden, sondern vor allem darin, dass England den Handel mit Deutschland auf grosser Basis wieder aufgenommen hat.

Abbau der Kriegswirtschaft im neutralen Ausland. Wie uns gemeldet wird, ist in Norwegen die Rationierung aller Teig- und Mehlwaren, soweit sie ohne Staatszuschuss zum Verkauf kommen, vom 12. dieses Monats ab aufgehoben worden.

Schwedens Pläne in Sibirien. Wie uns aus Stockholm gemeldet wird, begibt sich mit Beginn des nächsten Monats eine schwedische Handelsexpedition nach Sibirien, um dort die Möglichkeiten für den schwedischen Handel zu untersuchen. Einige Seeoffiziere wollen sich der Expedition anschliessen, um die Navigationsverhältnisse auf den Flüssen Ob und Jenissei zu studieren. In Tromsö werden vier englische Schiffe zu der Expedition stossen.

Die Marconi Co. in China. Die Gesellschaft hat wie gemeldet wird, mit der chinesischen Regierung einen Vertrag abgeschlossen, in dem sie sich verpflichtete, für die Errichtung einer chinesischen nationalen Gesellschaft für drahtlose Telegraphie Sorge zu tragen. Diese neue Gesellschaft besitzt ein Kapital von 700 000 £.

Organisation des amerikanischen Aussenhandels. Wie uns über das neutrale Ausland berichtet wird, arbeitet The National Association of Manufacturers in Chicago, die eine Mitgliederzahl von 4100 Firmen hat, an einem Plan für einen Ausfuhrverband unter dem sogenannten Webbgesetz. Der Verband soll seinen Sitz in New York haben, die Verwaltung aus 15 Direktoren bestehen mit einem Arbeitsausschuss von 5 Direktoren. Für die einzelnen Handelszweige sollen besondere Ausschüsse eingesetzt werden. Der Verband vermittelt die Transport- und Speditionsgeschäfte und garantiert den Mitgliedern ausländische Bestellungen. Dabei sollen dann die eigentlichen geschäftlichen Verhandlungen von den einzelnen Fabrikanten selbst besorgt werden. Die Entwicklung des Handels soll durch geeignete ständige Vertreter im Auslande gefördert werden, die wieder durch Sachverständige in den Vereinigten Staaten beaufsichtigt werden. Ein weiterer Beweis für die Stärke der Bestrebungen, den Aussenhandel zu organisieren, kann man in der Gründung der „American Cotton Export and Financing Corporation" in New Orleans mit einem Kapital von 100 Millionen Dollar sehen.

Englands Wirtschaftskrieg im Versicherungsgewerbe. Englische Versicherungsgesellschaften schlossen früher mit Vorliebe mit deutschen Rückversicherungsgesellschaften Verträge ab. Dass auch auf diesem Gebiete das Bestreben herrscht, sich von Deutschland abzuwenden, beweist folgende Meldung der „Financial Times": Unter dem Namen Treaty Reinsurances Ld. ist in London eine neue Rückversicherungsgesellschaft ins Register eingetragen worden, deren Geschäftsbetrieb von folgenden Gesellschaften garantiert wird: London and Lancashire Life and General Assurance Association, London Guarantee and Accident Century Insurance, Western Australien Insurance und Atlantic Insurance. Die Fonds und sonstigen Aktiva dieser Gesellschaften belaufen sich auf über 12 Millionen Pfund Sterling. Für die Tätigkeit dieser Gesellschaft bietet sich ein weites Feld, da die vorhandenen britischen Rückversicherungsgesellschaften nicht ausreichen, um mehr als einen Teil der Geschäftsmöglichkeiten auszunutzen.

Finanzwesen.

Ueberwertigkeit schwedischer Silbermünzen. Aus Stockholm wird uns berichtet: Die Frage der Ueberwertigkeit der schwedischen Krone beschäftigt zurzeit die volkswirtschaftlich interessierten Kreise. Die silbernen Scheidemünzen werden vielfach eingeschmolzen, da der Silbergehalt der Krone infolge der Steigerung der Weltsilberpreise zuzüglich der von schwedischen Silberimporteuren berechneten Unkosten auf 1,23 Oere gestiegen ist. Die Unkosten sind die alleinige Ursache des Ueberwertes, da der Preis für Silber nur 13,5 Oere das Gramm beträgt und die Krone bei 10 % Unkosten der Importeure nur 90 Oere Silbergehalt hätte. Die empfohlene Ausprägung ganz neuer minderwertiger Münzen hätte das gänzliche Verschwinden der vollwertigen zur Folge. Die Frage wurde schon früher von der Kriegsbereitschaftskommission behandelt, deren Vorschläge auf Anlegung einer Scheidemünzreserve von unterwertigem Metall gingen. Die Einziehung der alten und Ausprägung neuer Münzen würde langwierige Verhandlungen zur Aenderung der skandinavischen Münzunion zur Voraussetzung haben. Bei der Schwierigkeit dieser Lösung wird daher eine staatliche Silbereinfuhr und staatliche Befriedigung des Bedarfs der Silberschmiedeindustrie, wie letztere schon einmal im Jahre 1918 bestand, vorgeschlagen, wodurch der übertrieben hohe Silberpreis gedrückt und das private Einschmelzen automatisch abgestellt werden würde. Die Leiter der schwedischen Reichsbank sprachen sich dahin aus, dass die Reichsbank selber kein unmittelbares Interesse daran habe, eine Silbereinfuhr zu bewerkstelligen, und dass sie es nur für Rechnung der Münzverwaltung tun könne.

Italiens Finanzlage. In längeren Ausführungen beschäftigt sich „Corriere della Sera" mit dem Fehlbetrag im Staatshaushalt. Durch die Annahme von immer neuen Aufwendungen des Staates von jeweils 50, 100, 150 und gar 600 Millionen Lire sei eine wachsende Beunruhigung entstanden. Es sei freilich natürlich, dass die Gehälter mit den allgemeinen Lohnsteigerungen im Einklang blieben, aber was auch im Einklang bleiben müsse, das sei das Verhältnis von Staatseinkünften und Staatsausgaben. Mit grossen Sprüngen seien die staatlichen Ausgaben von 2,5 Milliarden vor dem Kriege auf heut 8 oder 9 gestiegen, die Einkünfte aber nur von 2,5 auf ca. 4,5 Milliarden. So ergebe sich der ungeheure Fehlbetrag von mindestens 4 Milliarden jährlich. Das Blatt fordert mit grossem Ungestüm, dass der Finanzminister die Oeffentlichkeit nun nicht länger im unklaren lasse, weder über den tatsächlichen Fehlbetrag, noch über die zu gewärtigenden Massnahmen. Die Unsicherheit, besonders über die Wertzuwachssteuern bedeute eine schwere Belastung des Wirtschaftslebens.

Der mexikanische Finanzminister wartet ab. Wenn man den „Kansas City Times" Glauben schenken darf, hat der Finanzminister von Mexiko Calvera einen sehr einfachen Ausweg aus den finanziellen Schwierigkeiten des Staates gefunden: Er erklärte, dass Mexiko seine Schulden nicht bezahlen würde, selbst wenn es finanziell dazu in der Lage wäre. Mexiko würde die Resultate der Pariser Friedenskonferenz abwarten und sich danach richten, wie andere Nationen mit ihren Schulden verfahren würden. — Ein amtlicher Bericht gibt den Fehlbetrag des mexikanischen Staatshaushalts Ende 1918 auf 7 Millionen Pesos an. Dabei sind aber 44,87 Millionen Pesos Schuldzinsen und 3,08 Millionen Pesos Verpflichtungen der Staatsbahnen nicht eingerechnet. Wäre das vom Staat beschlagnahmte Eigentum zurückgegeben und die Zinsen bezahlt, so beliefe sich der Fehlbetrag auf 96 Millionen Pesos.

Weltwirtschaft.

Das deutsche Beispiel. Um den britischen Fabrikanten Gelegenheit zu geben, sich mit den deutschen und österreichischen Reklamemethoden vertraut zu machen, hat das „Board of Trade" über 9500 Arten Kataloge deutschen und österreichischen Ursprungs gesammelt, die für britische Fabrikanten zur Einsicht im Department of Overseas Trade bereit liegen.

Schiffahrt Abo—Lübeck. Der schwedische Dampfer „Halland" ist für die Fahrt Abo—Lübeck eingesetzt worden. Er fährt abwechselnd mit dem Dampfer „P. Thorvöst". Die Boote fahren umschichtig jeden Sonnabend.

Neues finnisch-englisches Geschäftsunternehmen. Unter dem Namen „Finsk-engelska Import-Export A. B." (The Finnish-English Import-Export Company Ltd.) haben sich finnische und englische Firmen zu einer Aktiengesellschaft mit dem Sitze in Helsingfors zusammengetan. Das einbezahlte Aktienkapital beträgt 1 Mill. fm., soll jedoch schon in allernächster Zeit auf 3 Mill. erhöht werden. Die neue Gesellschaft beabsichtigt die Einfuhr von englischen und amerikanischen Waren nach Finnland und die Ausfuhr finnischer Produkte nach diesen Ländern.

Aktiengesellschaften.

In der Aufsichtsratssitzung der Heldburg, Akt.-Ges. für Bergbau, bergbauliche und andere industrielle Erzeugnisse wurde die Bilanz genehmigt. Neben der gesetzlich erforderlichen Einsetzung der Desdemona-Kuxe mit 5500 ℳ wurde beschlossen, der Generalversammlung auf den nicht veräusserten Kuxenbesitz eine weitere Abschreibung von 1 241 000 ℳ vorzuschlagen. Es stellt sich dann die Unterbilanz einschliesslich des vorjährigen Verlustvortrages von 1 054 832 ℳ auf 2 6?2 125 ℳ.

Die Arnsdorfer Papierfabrik Heinr. Richter Akt.-Ges. erstattet einer ausserordentlichen Generalversammlung Bericht über die technischen und finanziellen Verhältnisse der Gesellschaft. Beantragt wird Beschlussfassung über Beschaffung der erforderlichen Geldmittel durch Zuzahlung von 50 % auf die Aktien gegen Gewährung von Vorzugsrechten oder über Liquidation der Gesellschaft. Die Gesellschaft verteilte in den fünf Vorjahren keine Dividenden mehr.

Die Wollhaar-Kämmerei und Spinnerei Akt.-Ges. in Hainichen beantragt eine Kapitalserhöhung um 1 400 000 ℳ auf 3 000 000 ℳ. Das Unternehmen ist erst im Herbst 1917 von Thüringer Fabrikanten gegründet worden.

Dividendenvorschläge.

Gesellschaften	Vorschläge 1918	Gezahlte Dividende 1917	1916	1915	1914
Dinglersche Maschinenfabrik	6	12½	10	7	4
Giesserei und Maschinenfabrik Oggersheim, Paul Schütze	5	12	12	8	5
A.-G. Leonhard Tietz	8	7	7	5	4

Theater für Mittwoch, den 9. Juli 1919.

Residenz-Theater. Täglich 8 Uhr: Das höhere Leben. Von Hermann Sudermann.

Trianon-Theater. 8 Uhr: Der gute Ruf. Von Hermann Sudermann.

Volksbühne Theater am Bülowplatz 7½ Uhr: Der heilige Florian.

Winter-Garten. Täglich 7½ Uhr: — Varieté-Spielplan — Rauchen gestattet.

Reichshallen Theater Gastspiel der Dresdener Victoria-Sänger. Anfang 7½ Uhr. Ab 1. 8. wieder Stettiner Sänger.

Reichshallen-Garten u. Saal: „Dönhoff-Brettl." Erstklassige Spezialitäten und Cabarettnummern! Halmers-Solisten-Orchester Anfang 7½, Sonntags 5 Uhr.

Admirals-Palast. 7½ Uhr, Stg. 8 u. 7 Uhr: Die neuen Ballette: „Im Gespenster-Schloss" „Wiener Walzer". Ausserdem Tanz-Revue.

Gold, Silber, Brillanten, ganze Nachlässe kauft Taxator Schoder, Oranienstr. 155-56

MARMOR HAUS Kurfürstendamm 236 Direktion: Siegbert Goldschmidt
Der Roman einer Geheimagentin IKARUS in 6 Akten mit Esther Carena Ernst Hofmann Regie: Carl Froelich. Ausserdem: Geheimnisvolle Gewalten Eine psychologische Studie in 4 Akten in der Hauptrolle FERN ANDRA
Dieser Film war bisher von der Zensur verboten.
4, 6¹⁵, 8³⁰

Briefmarken, Münzen kauft Grossmann, Spandauer Brücke 1b. Nord 10621.

Annahme für Vorwetten.
Rennen zu Berlin-Grunewald 13. Juli. Dortmund 13. Juli.
Trabrennen zu München-Daglfing 13. Juli. Norderney 13. Juli.
Annahme von Vorwetten für Berlin bei persönlich erteilten Aufträgen bis 3 Stunden vor dem ersten programmässig angesetzten Rennen; für auswärtige Plätze nur am Tage vor dem Rennen bis 6½ Uhr abends:
Schadowstrasse 8 parterre,
Kurfürstendamm 234,
Bayrischer Platz 9 (Eing. Innsbruckerstrasse 58),
Oranienburgerstrasse 48/49 (an der Friedrichstrasse),
Schiffbauerdamm 19 (Kommission für Trabrennen),
Potsdamerstrasse 23a,
Neukölln, Bergstrasse 43,
und an den Theaterkassen der Firma A. Wertheim
Leipzigerstr. 132 | Rosenthalerstr.
Nollendorfplatz 7 | Tauentzienstr. 12a
Planufer 24 | Rathenowerstr. 3
Unter d. Linden 14 | Königstr. 31/32.
Moritzplatz
Für briefliche und telegraphische Aufträge Annahme bis 3 Stunden vor Beginn des ersten programmässig angesetzten Rennens
nur Schadowstr. 8.
An Wochentagen vor den Rennen werden Wetten bis 7 Uhr abends angenommen. 2144

Brillanten Juwelen, Perlen, Smaragde und Perlschnüre kauft zu hohen Preisen M. Spitz, BERLIN Friedrichstrasse 91/92 zwischen Mittel- und Dorotheenstrasse. 2230

Detektiv Hauschild Polizeioberwachtmeister a. D. Beobacht., Ermittl. Berlin, Friedrichstr. 183, Ztr. 9691.

Kronen, Brücken, Plomben Zähne in 1 Tag Berücksichtigung aller Wünsche. Dir. Koppe's Spez.-Inst. f. mod. Zahnersatz Magdeburger Str. 28, Ecke Lützowstr. Kurf. 1230.

Preußische Klassenlotterie Ziehung der 1. Kl.: 14. u. 15. Juli 468 000 Lose mit 214 000 Gewinnen und 2 Prämien, verteilt in 5 Klassen, im Gesamtbetr. von 72 Millionen 426 000 Mark
Lose zur 1. Klasse: 1/8 1/4 1/2 1/1 5.25 10.50 21.— 42.— M. und Postgeb.
Kröger Preuss. Lotterie-Einnehmer Berlin Friedrichstraße 192/193 a. d. Leipziger Straße Postscheckkonto: Berlin 31948

Schwechten-Piano Musikhaus Breitkopf & Härtel, Potsdamerstr. 21.

KISTENTEILE KISTEN in jeder gewünschten Grösse, Stärke und Bearbeitung (nur ladungsweise) billigst frei jeder Station Hch. Albert Scheidemann Minden i. W.

Preussische Klassenlotterie. Ziehung erster Klasse 15. und 16. Juli. 1/1 1/2 1/4 1/8 Lose 42.— 21.— 10.50 5.25 Mark ausser dem Porto und Bestellgeld. Lose auch während der Ziehung. Gesamtgewinne 1.—5. Klasse: 72 Millionen 426000 Mark! (Jedes zweite Los gewinnt.) Kleinecke, Preussischer Lotterie-Einnehmer, Berlin W. 9., Potsdamerstr. 21. Hof part., nahe der Brücke.

Korke ½ gebr. Sektkorke 20 ₰, lange Weinkorke 4 ₰, Faßkorken, Korkbruch aller Art kauft jede Menge gut erhalten Korkfabrik Michaelis, Hollmannstr. 32.

Detektiv Opitz erledigt alles. BERLIN W 9, Köthener Str. 45 II—Potsdamer Platz. 10 Jahre in nächster Umgebung des Kaisers. Jede Vertrauensangelegenheit wird streng diskret behandelt. Telefon: Nollendorf 2550, Königstadt 8980.

C. A. Herpich Söhne Leipziger Str. 9-11

PELZ-Umarbeitungen und Ausbesserungen empfehlen wir jetzt in Auftrag zu geben. Unsere neuen PELZ-MODELLE in hervorragend schönen Formen sind bereits am Lager

Fabrikumzüge, Maschinentransporte, Montage, Transmissions-, elektrische Licht- und Kraft-Anlagen führt schnellstens aus zu soliden Preisen J. Czerwinski, Alte Jakobstr. 90. Tel.: Zentrum 11075.

Rote Gummiringe für Einkochgläser, sehr gute Ware, liefert: Nachnahmeversand A. Wolgast, BERLIN N. 113, Postfach 1. 2482

Ferienaufenthalt gesucht für aufgeweckten 14 jährigen Untertertianer, möglichst zusammen mit anderen Kindern. Einfache, kräftige Kost Bedingung. Angebote mit Preisangabe an die Expedition dieses Blattes unter H. S. 323.

Familiennachrichten
(aus anderen Blättern).

Verlobt: Frl. Ursula von Printz mit Hrn. Hauptmann Otto Langenbeck (Apenborg). — Frl. Charlotte Deppen mit Hrn. Erich Schilling (Stettin). — Frl. Gertrud Heinemann (Magdeburg) mit Hrn. Kuno Wansleben (Crefeld). — Frl. Thea Hillmann mit Hrn. Hans Wolff (Magdeburg). — Frl. Alse Bestehorn (Aschersleben) mit Hrn. Max Eugen Graf von Taufkirchen (Ansbach). — Frl. Barbara Wieser mit Hrn. Wolfgang Fischer (Stuttgart). — Frl. Dorothea Schmitz (Berlin) mit Hrn. Gerichtsassessor Hermann Diesel (Königsberg i. Pr.). — Frl. Ella Plehn mit Hrn. Reg.-Baumeister Wilhelm Kunz Groß Strehlitz).

Vermählt: Hr. Dr. med. Kurt Glaser und Frau Alice, geb. Wertheimer (Berlin). — Hr. Dr. phil. Ernst Boehlich und Frau Edith, geb. Jansen (Breslau). — Hr. Dr. med. Curt Serog und Frau Else, geb. Kohn (Breslau). — Hr. Hans Grußendorf und Frau Erna, geb. Koppe (Magdeburg). — Hr. Dr. med. Arno Kirsche und Frau Friedel, geb. Ascher (Hannover).

Geboren: Ein Sohn: Hrn. Herbert Freiherrn von Schacky auf Schönfeld (Berlin). — Hrn. Rechtsanwalt Spenner (Köslin). — Hrn. Amtsrichter Dehmel (Rybnik). — Eine Tochter: Hrn. Leutnant Hans von Lavergen Peguilhen (Bremen).

Gestorben: Frau Regierungs- und Schulrat Hedwig Schroller geb. Lehr (Landeck). — Frau verw. Oberstleutnant Gabriele Radler geb. Hoffmann (Neisse). — Hr. Albert Van Ammen). — Freifrau Udi von Maltzan, geb. Gräfin Bernstorff (Pakatel). — Hr. Wirkl. Geh. Kriegsr. Robert Schultze (Burg). — Hr. Fabrikbesitzer Hans Ebhardt (Hannover). — Auguste Freiin von Zedlitz und Leipe (Berlin).

MERCEDES-AUTOMOBILE
Daimler-Motoren Gesellschaft, Stuttgart-Untertürkheim

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Max Rudolf Kaufmann, Berlin. Für den Anzeigenteil und „Geschäftliche Mitteilungen" verantwortlich: Herm. Joachim Schumacher, Berlin. Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 32.

Nr. 323. 9. Juli 1919.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Beiblatt. Morgen-Ausgabe.

Reichsfinanzminister Erzberger über die Steuervorlagen.

Deutsche Nationalversammlung.

50. Sitzung vom 8. Juli 1919.

Am Ministertische: Bauer, Erzberger.

Ein schleuniger Antrag der Abgg. Frau Agnes u. Gen. (U. Soz.) betreffend Einstellung des gegen den Abg. Eichhorn (U. Soz.) beim Amtsgericht Berlin I schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Sitzungsperiode der Nationalversammlung wird auf Antrag des Abg. Wurm an die Geschäftsordnungskommission verwiesen.

Es folgt die erste Beratung der Steuergesetze in Verbindung mit der Interpellation Aus u. Gen. (Soz.) betr. steuerliche Erfassung der Kriegsgewinne usw.

Reichsfinanzminister Erzberger:

Meine Damen und Herren!

Der Krieg ist der Verwüster der Finanzen. Der hinter uns liegende Weltkrieg ist der erfolgreiche Schrittmacher des Weltkonkurses. Da ich die Ehre habe, das erste Mal als Reichsfinanzminister vor Ihnen zu sprechen, lege ich ein offenes Geständnis ab: zweimal nur in meinem politischen Leben bin ich erschrocken, das eine mal, als gegen meine Erwartung und gegen vorherige Verabredung der Reichskanzler am 5. November 1918 mich mit der Führung der Waffenstillstandsverhandlungen beauftragte; es war Vormittags 12 Uhr, und abends 5 Uhr mußte ich abreisen mit unbekanntem Ziel und mit dem bindenden Auftrag, dem deutschen Volk den Waffenstillstand unter allen Umständen zu bringen. Den zweiten politischen Schreck erlebte ich am 21. Juni 1919, als der Reichspräsident zu meiner großen Ueberraschung bei der Bildung der jetzigen Regierung mich aufforderte, das Reichsfinanzministerium zu übernehmen. Die Bedenkzeit war kurz; ich mußte ja sagen.

In der schwersten Stunde des Deutschen Reiches und der jungen Deutschen Republik habe ich so das schwerste Ressort der Reichsregierung übernommen. Schweren Herzens, aber in dem Bewußtsein, daß die Pflicht es mir gebot, zugleich aber auch in der Hoffnung, daß die Parteien, welche die heutige Regierung bilden, mich in der Erfüllung meiner dornenvollen Aufgabe mit allen Kräften unterstützen werden. Aber nicht nur von diesen erwarte ich Unterstützung, sondern ich erbitte die Mitarbeit aller derer in diesem hohen Hause, welche mit mir darin einig sind, daß es jetzt nur eine Aufgabe für die Gesamtheit gibt: aufzubauen, was der unselige Krieg zerstört hat, eine neue finanzielle Grundlage zu schaffen für die unermeßlich großen Verpflichtungen, welche uns der Krieg und sein unglücklicher Ausgang auferlegt hat. An alle Parteien ergeht dieser Aufruf zur Mitarbeit: denn wir sind alle Söhne und Töchter eines gemeinsamen Vaterlandes; sein Unglück ist unser aller Unglück, aber sein in der Zukunft erstehendes Glück soll auch unser aller Glück sein. Das Gemeinsamkeitsgefühl müßte jetzt alle Kreise des Volkes mehr denn je durchdringen. Denn nur in gemeinsamer Arbeit kann uns der Wiederaufbau unseres wirtschaftlichen und der Neuaufbau unseres staatlichen Lebens gelingen.

Eine wesentliche Voraussetzung für den Wiederaufbau des staatlichen Lebens sind geordnete Finanzen. Ohne Sicherheit im Finanzwesen entwickelt sich kein Volk, blüht kein Staatswesen. Darum ist die erste Arbeit beim Wiederaufbau eine grundlegende Finanzreform, kurz gesagt, ein wohldurchdachtes und gut begründetes System gerechter Steuerverteilung. Diese Arbeit eilt, weil für den Wiederaufbau des eigenen Wirtschaftslebens es notwendig ist, zu wissen, wie groß die Gesamtbelastung an Steuern und Abgaben sich gestaltet. Der Friede wird über kurz oder lang ein Sinken der Preise bringen. In diesem Augenblick kann die neue Steuerlast eher dazwischen geschoben werden, als wenn unser Wirtschaftsleben wieder in Ordnung gekommen ist und dann durch neue Steuern abermals schwer erschüttert werden müßte.

Keine Rettung bringt der Staatsbankerott, denn Staatsbankerott ist heute Volksbankerott im Innern und nimmt Deutschland im Ausland jeden Kredit. Deutschland aber braucht Kredit, viel Kredit, um leben und sich entwickeln zu können. Die in manchen Kreisen leicht verfänglichen Ratschläge auf

Annullierung der Kriegsanleihe oder Verkündung des allgemeinen Bankerotts mache ich nicht mit.

Der Zinsendienst für unsere Kriegsanleihe als ausgesprochene Volksanleihe muß gesichert sein. Die deutsche Kriegsanleihe ist von den breitesten Volksschichten aufgebracht worden. 39,1 Millionen Zeichner zeichneten insgesamt 98,2 Milliarden Mark. Von den 39,1 Millionen Gesamtzeichnungen entfallen nicht weniger als 34,3 Millionen auf Zeichnungen unter 5000 Mark, das sind 90 % der gesamten Zeichner. Diese 90 % ergaben 25 Milliarden Mark, also rund ein Viertel der Gesamtzeichnungen. Rechnet man die Zeichnungen bis zu 50 000 Mark zu den mittleren Zeichnungen, so ist fast die Hälfte der Gesamtzeichnungen von mittleren, kleineren und kleinsten Zeichnern aufgebracht worden. Außer den 25 Milliarden Mark, welche die kleinen Zeichner aufgebracht haben, haben die Sparkassen, Kreditgenossenschaften und Versicherungsgesellschaften insgesamt 21,5 Milliarden gezeichnet. Hinter dieser Summe stehen in der Hauptsache Arbeiter, Angestellte, Dienstpersonal, Beamte, Handwerker, kleine Landwirte, die die Sparkassen als die sicherste Stelle für ihre Ersparnisse betrachten. Ueber diese Verteilung der deutschen Kriegsanleihe muß man sich vollkommen klar sein, wenn man von der Einstellung oder gewaltsamen Verkürzung der Zinszahlungen für die Kriegsanleihe spricht. Eine solche Maßnahme würde vor allem diejenigen schädigen, die dem Vaterland in der höchsten Not geholfen haben. Die Schieber und Kriegsgewinnler, die ihr Geld nicht in Kriegsanleihe angelegt haben, würden doppelten Vorteil haben; einmal würden sie große Einnahmen gehabt haben und zweitens würden sie von der Annullierung nicht getroffen werden. Ein Reichsbankerott wäre ein wahrer Volksbankerott, wie die Weltgeschichte hierfür keinen Vorgang kennt. Eherne Pflicht der Reichsfinanzverwaltung ist es, die ganzen Kräfte dafür einzusetzen, daß der Zinsendienst der Kriegsanleihe geleistet werden kann. Steuerliche Begünstigungen kann ich allerdings für die Kriegsanleihe nicht in Aussicht stellen, wohl aber wird diese auch künftig bevorzugt werden bei Zahlungen gewisser Steuern und beim Kauf von Heeresgut. Das gilt aber nur für die Zeichner der Anleihe, nicht aber für Spekulationskäufer.

Gerechtigkeit im gesamten Steuerwesen zu schaffen, ist mein oberstes Ziel.

Gerechte Steuern stellen eine rasch wirkende vorzügliche Sozialisierung dar; sie treffen alle, sie erfassen jeden nach seiner Leistungsfähigkeit unter ausreichender Berücksichtigung des Familienstandes; sie haben aber vor der restlosen Kommunisierung eines voraus: die private Initiative bleibt bestehen, der Selbsterhaltungstrieb und begründete Eigennutz sucht nach höchster Einnahme, die Sorge für die Familie bringt die Auslösung der höchsten Arbeitsleistung. Der erzielte Ueberschuß wird aber zum erheblichen Teil wieder im Wege der Steuer für die Volksgemeinschaft abgenommen. Gerechte Steuern müssen die Ueberkapitalisierung eines Volkes verhindern. Sie tun es dann, wenn gewisse Arten von Einnahmen vorbelastet werden. Das Kapitaleinkommen muß eine erhebliche Vorbelastung vor dem Arbeitseinkommen tragen.

Ein guter Finanzminister ist der beste Sozialisierungsminister. Solche Sozialisierung tut uns bitter not. Schon vor dem Kriege war der Unterschied in Deutschland zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden zu groß und damit zur sozialen Ungerechtigkeit und zu einer Krankheit am Wirtschaftskörper geworden. Der äußerlich glänzenden ökonomischen Entwicklung Deutschlands bei Ausbruch des Weltkrieges stand eine innerliche Entfremdung der besitzenden und nichtbesitzenden Massen gegenüber, die nur für kurze Zeit durch die patriotische Begeisterung der ersten Kriegswochen überbrückt, im späteren Verlauf des Krieges verhängnisvolle Wirkungen zeitigen mußte. Der Grundfehler der Wirtschaftspolitik im Kriege läßt sich auf die kurze Formel bringen, daß man durch die allgemeine Wehrpflicht die lebendigen Leiber mobil gemacht hat, daß aber die allgemeine Wehrpflicht Halt mache vor dem Kapital und dem Besitz. Nur das Blut, nicht auch das Gut verlangte man freiwillig und ohne Zinsen für das Vaterland.

Die Folgen dieser Ungerechtigkeit waren verhängnisvoll: Uebermenschlicher Heroismus, unersetzliche Opfer an Leben und Gesundheit, übermenschliche Anforderungen an die Moral, die Standhaftigkeit und den Idealismus auf der einen Seite — fieberhafte Profitgier, Schiebertum, Luxus und Korruption auf der anderen Seite. Der Fehler lag nicht sowohl an den einzelnen Unternehmern, als an dem Mangel wirtschaftlicher Vorbereitung und Organisation vor und während des Krieges, mehr noch und wesentlich an dem Mangel an Gerechtigkeitsgefühl der besitzenden Klassen und ihrer Sachverwalter. Hier liegt auch eine der Wurzeln der Hemmungslosigkeit und Maßlosigkeit der Lohnforderungen, mit denen zurzeit der Bestand der Gesellschaft unterwühlt und dem Chaos entgegengeführt wird. An Warnungen hat es im Kriege nicht gefehlt. Im Juli 1917 hat der damalige Chef des Kriegsamtes, General Groener, in eindringlichen Worten auf die furchtbaren Folgen jener Wirtschaftspolitik hingewiesen. „Wenn man die Entwicklung der Kriegswirtschaft rückschauend betrachtet", so sagt General Groener in seiner Denkschrift 1917, „und sich fragt, was die treibende Kraft gewesen ist, die es fertig gebracht hat, daß die deutsche Industrie sich in einer so erstaunlichen Weise den stetig wachsenden Anforderungen der Kriegführung hat anpassen können, so muß man bei nüchterner Betrachtung zu der Erkenntnis kommen, daß nur in geringem Maße irgendwelche ethischen Motive, wie Opfersinn, Vaterlandsliebe und dergleichen, mitgespielt haben, sondern daß bei dem Schaffensdrang, der sich gezeigt hat, und den ungeheuren Leistungen, die auf allen Gebieten der Heeresindustrie vollbracht worden sind, fast ausschließlich der Verdienstanreiz, die Wurzel aller guten und bösen Kräfte, der Grund aller Erfolge und Mißerfolge gewesen ist."

Der damalige Vizekanzler und leichtfertigste aller Finanzminister, Staatsminister Helfferich, hat dieser Tage von den inneren Mächten der Zersetzung gesprochen, die die Katastrophe des moralischen und nationalen Zusammenbruchs verschuldet haben. Er hat es unterlassen, hierbei jene unheilvolle Wirtschaftspolitik der damaligen Regierung zu erwähnen, die dem moralischen Siegeswillen des deutschen Volkes so sehr geschadet hat und deren hauptsächlichster Träger er selbst war. Wir stehen am Abschluß des Krieges und, wie wir hoffen, am Beginn des Wiederaufbaues der Nation. Ziehen wir die innere Bilanz, so haben wir auf der einen Seite ethische und physische Verheerungen und Verwüstungen an Menschenleben und Menschenkraft, an physischen und moralischen Werten, Verarmung und Verelendung der mittleren und unteren Schichten, auf denen die Not des Krieges am drückendsten gelastet hat, und Riesengewinne, Konsolidierung des Kapitals, Reichtum, Luxus, Wohlleben und ungeschmälerter Besitz des größeren Teils der bisher herrschenden Klassen auf der anderen Seite. Reich und arm sind abgrundtief getrennt und geeint nahezu nur mehr durch das gemeinsame Band nacktester Selbstsucht und schrankenloser Genußsucht. Drohend erhebt sich aus dem Zusammenbruch der bisherigen Staats- und Wirtschaftsordnung als extremste Reaktion des verletzten Gerechtigkeitsgefühls der Volksmassen die wahnsinnige, alles zerstörende und negierende Theorie des Bolschewismus. Das Heilmittel gegen diese asiatische Krankheit ist die auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaute heilige Ordnung, welche den wohlbegründeten Volkswünschen Rechnung trägt und in kluger Führung das Gebot der Stunde erfüllt.

Der verstärkte Ruf nach Sozialisierung ist nur das Echo der überkapitalistischen Kriegswirtschaft.

Ein großes Stück Sozialisierung ist allerdings in den wenigen Monaten der jungen deutschen Republik bereits unbemerkt vollzogen worden. Das Steigen des Arbeitslohnes und das Fallen des Geldwertes sind die größte Sozialisierung, die die Welt kennt. Der Kapitalist, der vor dem Kriege aus 100 000 ℳ Vermögen 6000 ℳ Jahreseinkommen zog und heute dieselbe Rente hat, steht jetzt schlechter da als der Telegraphenarbeiter, der vor dem Kriege 1500 ℳ Einkommen hatte und jetzt 7800 ℳ Lohn bezieht. Das Sinken des Kapitalertrages und das Steigen des Arbeitslohnes sind natürliche Folgen unerträglicher Kriegsmaßnahmen. Die Kriegsindustrie hat alles gebunden und in den Dienst des Vaterlandes zu stellen versucht: die Arbeiterschaft, den freien Willen des einzelnen, die Freizügigkeit, die Meinungsäußerung, nur eines blieb frei und fand uneingeschränkte Förderung: der Kriegskapitalismus. Das Militär hatte nur einen gebieterischen Ruf: „Wir brauchen Kriegsgerät, koste es, was es wolle." Wirtschaftliche Gesichtspunkte spielten keine Rolle, die Preise stiegen, Riesengewinne sammelten sich an. All dies wurde noch mit den Worten „nationale Pflichterfüllung" verbrämt. Mit dem Ende des Krieges mußte der Rückschlag kommen. Wellenberg und Wellental wechseln im Geschick der Völker ab. So war es selbstverständlich, daß die breite Masse des Volkes am Ende des Krieges nicht nur nach der Einziehung der Kriegsgewinne rief, sondern auch ihren Teil vor der Wegnahme des Kriegsgewinnes haben wollte. Eine gut durchdachte, scharf angelegte Reichsfinanzreform wird dem Ruf nach Sozialisierung Gehör verschaffen: Erbschaftssteuer und große Vermögensabgabe sind die ersten einleitenden Schritte, andere werden folgen.

In den Trümmern des Krieges muß nach Neuland gesucht werden. So vieles, fast alles ist anders geworden. Gleich geblieben ist leider die Steuerscheu, gestiegen ist die Steuerflucht, der ich mit allen Mitteln entgegenzutreten gesonnen bin, gewachsen sind die Ansprüche aller an Reich und Staat. Wo ist hier Neuland für die Reichsfinanzen zu gewinnen?

Der große Steuersouverän der Zukunft kann nur das einige deutsche Reich sein,

das in seiner Einheit und Geschlossenheit aus dem Kriegszusammenbruch zu retten, die vornehmste Aufgabe der jetzigen Regierung war und ist. Die Erhaltung des Reiches war der Preis für die Unterzeichnung des entsetzlich harten, ungerechten Friedens. Dieses kostbare Gut unserer Väter, der deutsche Nationalstaat, wohl geschmälert durch den Frieden, muß leben und sich entwickeln können. Dazu braucht das Reich nicht nur Geld, sondern auch ein neues System der Steuerordnung. Auf steuertechnischem Gebiet haben sich durch den Krieg die Verhältnisse gewaltig verschoben. Drei Steuergläubigern ist der deutsche Bürger ausgesetzt: Reich, Gliedstaat, Gemeinde. Vor dem Kriege erhob das Reich jährlich nicht ganz 2 Milliarden Mark Steuern und Abgaben, Einzelstaaten und Gemeinden zirka 3 Milliarden Beim Friedensschluß ist das Mindestmaß der Einnahmen, die das Reich für eigene Bedürfnisse gebraucht: jährlich über 17 Milliarden. Die Einnahmen der Einzelstaaten und Gemeinden sind mit mindestens 6 Milliarden jährlich anzusetzen. Hat das Reich früher von dem Gesamtaufkommen 35—40 % für sich gebraucht, so jetzt mindestens 70—75 %. Die Einnahmen des Reiches müssen um 900 % gesteigert werden, die der Einzelstaaten und Gemeinden um vielleicht 100 %. Solche Riesenverschiebungen heischen neue Maßnahmen, neue Organisationen, neue Ideen. Das augenfällige Ueberwiegen der finanziellen Interessen des Reiches gegenüber dem der Gliedstaaten und Gemeinden erzwingt sich seine Folgerungen von selbst. Doch kann ein Finanzplan für das Reichsbudget nur aufgestellt werden, wenn zugleich und immer an die Budgets der Glieder des Reiches, der Einzelstaaten und Gemeinden gedacht wird. Ausscheiden muß aus unseren Erörterungen das früher oft gesprochene Wort von einem Gegensatz der finanziellen Interessen von Reich und Einzelstaaten, von Staat und Gemeinden. Meine Damen und Herren, es ist immer derselbe Steuerschuldner, an den mit der einen Steuer das Reich, mit der anderen der Staat und mit wieder einer anderen oder mit einem Zuschlag zu einer Staatssteuer die Gemeinde herantrat. Für den Zensiten ist es an sich finanziell gleichgültig, in welche Kasse die ihm auferlegte Steuer fließt. Wenn es früher vielleicht erträglich oder wenigstens nicht unmöglich schien, daß die drei Steuerberechtigten um die Börse des Steuerschuldners stritten, so muß in Zukunft dieser Streit begraben sein.

Der Einheit des Steuerschuldners muß die Einheit der öffentlichen Bedürfnisse gegenüberstehen.

Es muß eine Sache der sorgsamsten Ueberlegung und Abwägung sein, wie die Erträgnisse der Gesamtheit der Steuern auf die verschiedenen öffentlichen Verbände zu verteilen sind. Alle haben wichtige Aufgaben zu erfüllen. Alle müssen sich tunlichste Beschränkung in ihren Ausgaben auferlegen, ein jeder von ihnen muß dem andern das gönnen, was ihm lebensunentbehrlich ist. Alle aber müssen sich eins fühlen in dem Bewußtsein, daß sie die gemeinsame und untrennbare Aufgabe haben, mit den ihnen zufließenden Mitteln das Wohl der Gesamtheit zu fördern. Ganz besonders eng und viel enger als früher ist das finanzielle Verhältnis zwischen Reich und Gliedstaaten geworden. Es ist nicht allein die schwere Last an sich, die sie zusammenführen muß, vielmehr ist es der Friedensvertrag, der das unabänderlich zu Wege gebracht hat. Denn Reich und Einzelstaaten stehen nach dem Friedensvertrag als gemeinsam verpflichtete den Vertragsgegnern gegenüber, so ist es in den einschlägigen Bestimmungen des Vertrages unzweideutig ausgesprochen. Auch aus diesem neuen Verhältnis werden die Folgerungen recht bald zu ziehen sein. Eine ganz neue Konstruktion des Aufbaues der Reichs- und Staatsfinanzen ist nötig. Den ersten Schritt dazu hat die Verfassung getan; positiv in den Bestimmungen über die Zuständigkeiten des Reiches auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung, negativ, indem sie das Ueberbleibsel aus der Verfassung des alten deutschen Bundes, welches in die Verfassung des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches übernommen war, die Matrikularbeiträge, beseitigt hat. Die Gemeinsamkeit der Interessen von Reich, Gliedstaaten und Gemeinden wird es mit sich bringen, daß es günstige Steuerinseln in Deutschland nicht mehr geben wird. Der deutsche Steuerzahler wird künftig keine Sorge mehr haben, auszurechnen, ob er mit Steuern billiger wegkommt, wenn er in Berlin, Grunewald, Koburg oder am Bodensee wohnt. Gemeinsam zogen wir in den Krieg, als geschlossener Staat treten wir in den Frieden über, gemeinsam und gleich müssen die Lasten sein, unabhängig von dem Wohnsitz des Steuerzahlers.

Da erhebt sich sofort die bange Frage: können wir den Riesenbedarf der Zukunft aufbringen? Die Frage ist falsch gestellt. Es ist nicht ein „Kann", sondern ein hartes „Muß". Wir müssen den Bedarf aufbringen. Der Bedarf des Reiches scheidet sich künftig in zwei Kategorien: Inlandsbedarf und Wiedergutmachungen. Die voraussichtlichen fortdauernden und einmaligen Jahresausgaben des Reiches werden heute sich insgesamt auf rund 17½ Milliarden belaufen. Dabei wird sich die Verzinsung der Reichsschuld auf rund 10 Milliarden und die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen auf über 4 Milliarden steigern.

Die aufgezwungenen finanziellen Friedensbedingungen nach besten Kräften zu erfüllen, ist meine Amtspflicht gegenüber dem deutschen Volke und den Gegnern. — Die Höchstsumme für die Wiedergutmachungen konnte trotz aller Bemühungen im Friedensvertrag nicht festgestellt werden. Trotzdem muß ich als Finanzminister unerschütterlich daran festhalten; wir müssen wissen, wie hoch die Gesamtsumme unserer Leistung an die Gegner ist, und wir müssen auch wissen, wie hoch die Jahresquote ist, die geleistet werden kann und muß. Sie wissen, meine Damen und Herren, daß es zunächst an uns ist, in den kommenden vier Monaten Vorschläge auszuarbeiten und zur Kenntnis der anderen Seite zu bringen, wie wir uns die Erfüllung unserer Verpflichtungen denken. Erst wenn diese Vorschläge im Kreise der Regierung ausgereift sind, wird es Zeit sein, darüber zu diskutieren.

Aber daran, daß wir mit unseren Steuern bis an die Grenze des Tragbaren werden gehen müssen, können sie nichts ändern.

Angesichts dieser Riesenlasten wage ich in diesem Moment kaum das Wort auszusprechen, mit dem ein Finanzminister aufstehen und zu Bette gehen muß, das schöne und so oft mißbrauchte Wort von der Sparsamkeit. Großzügige Sparsamkeit gibt es nicht. Sparsamkeit wird nur im kleinen geübt. Diese Binsenwahrheit wird so oft verkannt und doch bleibt wahr der Satz: „Wer den Pfennig nicht ehrt, ist des Talers nicht wert." Ich bin fest entschlossen, und die Herren, die mich vom Reichstag her kennen, werden mir diesen Willen auch bestätigen, den Weg der harten Sparsamkeit überall zu gehen. Darum habe ich sofort nach Uebernahme meines Amtes, die von meinem Herrn Amtsvorgänger bereits vorbereitete Parole ausgegeben, daß vom 1. Oktober 1919 ab es keine Pauschkonten und Kriegsfonds mehr gibt, daß die Kriegsfinanzwirtschaft aufhört und daß zur geregelten Etatswirtschaft zurückgekehrt werden muß. Ich verkenne die entgegenstehenden Schwierigkeiten nicht. Der gesamten Verwaltung wird es schwer fallen, den Geist der Etatswirtschaft wieder durchzuführen, nachdem mehr als 4½ Jahre aus dem Vollen gewirtschaftet wurde. Der erste Leitsatz ist: Keine unproduktiven Ausgaben mehr. Darum muß auch der sachgemäße Abbau der Arbeitslosenunterstützung ins Auge gefaßt werden; lohnende Arbeit, nicht Arbeitslosenunterstützung ist das Ziel. Für jede Anregung aus dem Hause und aus den breiten Schichten des Volkes über praktische Durchführung der Sparsamkeit bin ich aufrichtig dankbar.

Wie soll der Gesamtbedarf gedeckt werden, den ich für Reich, Einzelstaaten und Gemeinden mit rund 25 Milliarden Mark beziffern darf? Nachdem ich das Reichs-Finanz-Ministerium knapp 3 Wochen leite, werden Sie von mir nicht jetzt öffentlich schon die Darlegung eines bis in alle Einzelheiten durchdachten Steuersystems erwarten. Aber meine Pläne stehen bereits fest. In diesem Augenblick nur einige Angaben: die laufenden steuerlichen Reichseinnahmen vor dem Krieg betrugen nicht ganz 2 Milliarden Mark, von 1913 bis 1918 sind während des Krieges an neuen laufenden Einnahmen erschlossen worden 4000 Millionen Mark. Hinzu treten an einmaligen Abgaben der Betrag der Kriegsgewinnsteuer nebst Zuschlag in Höhe von 5,7 Milliarden Mark und die Kriegssteuer für 1918 mit etwa 2 Milliarden Mark. Die neu vorliegenden Steuerentwürfe sollen dem Reich weitere 1200 Millionen laufende Einnahmen bringen und ferner einmalige Einnahmen, die durch ihre Verwendung zur Abdeckung eines Teils der schwebenden Schuld eine dauernde Zinsersparnis von 600 Millionen Mark versprechen. Es ist also noch zu decken die Summe von mehr als 10 Milliarden Mark, das ist mehr als das fünffache unseres Friedensbedarfs.

Zwei große neue Steuern nähern sich im Finanzministerium ihrem Abschluß, und ich beabsichtige, sie noch vor Beginn der Parlamentsferien dem Hause zu unterbreiten: die große einmalige Vermögensabgabe und die große Umsatzsteuer. Aber auch wenn diese Vorlagen unverändert angenommen würden, ist der Fehlbetrag für den eigenen Bedarf noch nicht gedeckt. Die Summe für die Wiedergutmachungen muß auf andere Weise aufgebracht werden. Im Herbst werden der Nationalversammlung neue Vorlagen zugehen mit dem Endziel, diese Fehlbeträge zu decken. Die Steuerlast wird eine geradezu entsetzliche Höhe erreichen. Eine Versicherung kann ich dem Parlament und den Steuerzahlern geben: bei früheren Steuerreformen hat man wochenlang gestritten, ob mehr durch direkte oder durch indirekte Steuern aufzubringen sei, ob der Weg des Monopols oder der einer Abgabe zu beschreiten sei. Ich kann Ihnen heute die eine tröstliche Versicherung geben: darüber brauchen wir uns künftig nicht mehr zu streiten. Ich kann jeden Anspruch befriedigen. Es muß an das Höchstmaß der Leistungen eines jeden Steuerzahlers herangegangen werden; andererseits darf es aber auch nicht überschritten werden, was ich zur Beruhigung der vielen, die sich in ihrer Besorgnis brieflich an mich wenden, ausdrücklich betonen möchte. Um keine Unklarheit aufkommen zu lassen, muß ich am Schlusse nochmals betonen, daß alle diese Berechnungen kein erschöpfendes Bild geben, da die Forderungen der Gegner für Wiedergutmachung in Einzelsummen noch nicht feststehen.

Meine Damen und Herren, wenn es auch nur ein magerer Trost ist, so ist es doch immerhin ein solcher, wenn man im Unglück Genossen hat. Wir haben solche, und zwar nicht nur auf unserer Seite, sondern auch auf der Gegenseite. Es ist von einem meiner Amtsvorgänger das Wort von dem englischen Steuerheroismus geprägt worden. Lassen Sie mich mit einigen Zahlen andeuten, wie England diesen Heroismus neuerdings wieder betätigen will. Das neue englische Budget für 1919/20 schließt ab mit einem Bedarf von mehr als 29 Milliarden Mark (das Pfund zu 20 Mark gerechnet), davon sollen durch steuerliche Einnahmen 24,5 Milliarden gedeckt werden. Hierbei ist allerdings die einmalige Kriegsgewinnsteuer mit 6 Milliarden Mark voll eingestellt, also mit einem Betrage, der noch etwas höher ist, als der in das letzte Budget eingestellte Betrag von 5,6 Milliarden Mark. Der Rest von 18 Milliarden soll aber durch laufende Einnahmen eingebracht werden, und dabei spielen sowohl bei den indirekten, als auch bei den direkten Steuern die Erhöhungen eine gewaltige Rolle. Die Zölle, die vor dem Kriege etwa 700 Millionen brachten, sind bereits während des Krieges auf fast das Dreifache erhöht worden und sollen in der Folge fast 2,4 Milliarden Mark bringen. Die Verbrauchssteuern sollen von dem Vorkriegsbetrage von knapp 800 Millionen Mark auf fast das Dreifache, also 2,4 Milliarden Mark, gesteigert werden. Das sind an indirekten Abgaben zusammen beinahe 5 Milliarden Mark. Ebenso gewaltig ist die Steigerung der direkten Steuern. Vor dem Kriege brachte die Einkommensteuer einschließlich der Supertaxe noch nicht eine Milliarde; in das Budget des nächsten Jahres ist sie mit über 7 Milliarden Mark eingestellt. Verhältnismäßig geringer ist die Anspannung der Erbschaftssteuer, die allerdings schon vor dem Kriege in einem Maße ausgebaut war, das von vielen für unerträglich gehalten wurde. Sie soll nach dem Voranschlag 670 Millionen Mark bringen, gegen 548 vor dem Kriege. Sie ersehen daraus auch schon ohne weiteres,

daß wir mit unseren Vorschlägen außerordentlich weit und jedenfalls weiter als England gegangen sind,

denn wir errechnen aus unseren Sätzen ein Aufkommen von insgesamt 735 Millionen Mark, einen Betrag, der im Vergleich zu der englischen Zahl um so höher erscheinen muß, als die Vermögensschichtung und der Reichtum in England ganz anders verteilt ist als bei uns. Noch eine andere Spezialzahl darf ich zum Vergleich anführen, die allerdings dem Gebiet der Verbrauchersteuern angehört: aus dem Zucker will England fast 800 Millionen Mark erzielen, wobei freilich der größere Zuckerverbrauch auf den Kopf im Verhältnis zu uns in Rechnung zu stellen ist. Der Tabak soll mehr als 900 Millionen Mark bringen und das Bier soll eine Mehrbelastung von 40 % erfahren, was allein einen Betrag von mehr als 600 Millionen Mark im Jahre ausmachen wird. In das Budget für 1919/20 sind noch nicht die vollen Jahresbeträge dieser Steuererhöhungen eingestellt, so daß späterhin mit einer teilweisen Ausfüllung des jetzt noch vorhandenen Defizits durch diese Steuern gerechnet werden kann. Jedenfalls geht aus dem Gesagten hervor, daß auch für England das Steuerproblem noch nicht zum Abschluß gebracht worden ist, und daß sich auch das Volk, das unbestritten als Sieger aus dem Völkerkriege hervorgegangen ist, noch auf recht beträchtliche Opfer zugunsten der Allgemeinheit gefaßt machen muß. Freilich, und das führt mich zu einem anderen, aber äußerst wichtigen Gedankenkreis, liegen die Verhältnisse in England ganz anders als bei uns. Das englische Wirtschaftsleben hat zwar auch dem Kriege seinen Tribut zollen müssen, aber es steht aufrecht da. Die Faktoren, von denen es abhängt, sind nicht gebrochen. Die Arbeitskraft und die Arbeitslust mögen zwar auch unter dem Kriege gelitten haben; aber sie sind noch vorhanden. Rohstoffe, Nahrungsmittel und sonstige Lebensbedürfnisse stehen zur Verfügung. Der Betätigung ist nicht nur das frühere Gebiet offen geblieben, vielmehr Neuland steht dem englischen Unternehmungsgeist zur Verfügung, Neuland, aus dem erst der Krieg es ermöglicht hat, den früher so gefährlichen Nebenbuhler herauszudrängen. Der staatliche Gedanke hat trotz aller separatistischer Bestrebungen seine zähe Lebenskraft bewahrt. Ja, er ist in einer ganz bestimmten Richtung noch lebendiger geworden, indem Chamberlain den Gedanken seines großen Vaters, die Meistbegünstigung des englischen Weltreiches, wieder aufgenommen hat. In seinem Zollsystem will er die Grundlage für den großen Bau eines inter-imperialen Handelsreiches legen. Ein schöner Traum verspricht den Engländern Erfüllung zu werden.

Das während des Krieges von uns teilweise besetzte und jetzt siegreiche Frankreich hat 4½ Jahre nur einem Finanzgedanken gehuldigt: „Deutschland wird alles zahlen!" Im Friedensvertrag selbst ist Frankreich von den Punkten 7 und 8 des Wilsonprogramms, die lediglich die Wiedergutmachung in Belgien und Nordfrankreich vorsahen, abgewichen. Es hat unter Verletzung internationaler Verbind-

schkeiten die Haftpflicht Deutschlands auf alle Schäden, die allen Alliierten entstanden sind, ausdehnen helfen. Die Jahresausgabe des französischen Etats beträgt für 1919: 44 Milliarden Franken. Sämtliche französische Finanzmänner fragen heute nach der Leistungsfähigkeit Deutschlands. Die Bestimmungen des Friedensvertrages sind Ihnen bekannt. Bis 1921 zahlt Deutschland den Gegenwert von 20 Milliarden Mark Gold. Was bis dahin nicht geleistet wird, tritt zu den 40 Milliarden Mark Gold hinzu, welche Deutschland in Bons zu leisten hat. Von 1921—1926 an gilt ein Zinsfuß von 2½ % und von 1926 ab von 5 % und 1 % Amortisation für eine Zeit von 36 Jahren. Glaubt die commission des reparations, daß Deutschland imstande sein wird, Zinsen und Amortisation einer weiteren Schuld von 40 Milliarden Mark Gold zu übernehmen, so wird ihm später eine zweite Serie von Bons auferlegt. Wer den französischen Etat genau durchstudiert, kommt zu dem Resultat, daß zwischen den notwendigen Ausgaben Frankreichs und den denkbaren Höchstleistungen Deutschlands schon rein rechnungsmäßig ein unüberbrückbares Defizit liegt. Die französische Kriegsschuld beträgt 192 Milliarden Franken. Der französische Finanzminister Klotz gab in seiner Rede vom 27. Mai 1919 das künftige Budget an und schätzt die Ausgaben für das künftige normale Jahr auf 16 Milliarden Franken. Davon rechnet er 10 Milliarden Verzinsung der Kriegsschuld, 4 Milliarden für Verwaltung und 2 Milliarden für Wehrkosten. Auf der Einnahmeseite des Etats stehen 7½ Mailliarden Franken. Als in Frankreich erstmalig des Budget 4 Milliarden Franken betrug, sprach man vom „Himalaja". An neuen Steuern sieht der französische Etat die Summe von 1 Milliarde 280 Millionen vor, so daß nach Annahme dieser Steuer in Frankreich immer noch ein Defizit von ca. 8 Milliarden übrig bleibt. Finanzminister Klotz erklärte in seiner Begleitrede bei der Vorlage des Steuerbudgets, daß er ein geschlossenes Steuerprogramm nicht bringe. Die Steuern, die er im einzelnen vorschlägt, finden sich alle mehr oder weniger auch in den deutschen Steuergesetzen und fast durchweg mit höheren Sätzen. Ich verstehe es daher, wenn der französische Finanzminister in seiner Etatsrede den Wunsch durchblicken ließ, daß die Vereinigten Staaten von Amerika die praktische Hilfe für Frankreich bringen möchten.

Sie sehen also, das Finanzelend nach diesem Kriege ist Gemeingut der Sieger und der Besiegten.

Ein Riesenwerk wird die Aufbringung der neuen Steuern darstellen, ein Riesenwerk die Verzinsung der Kriegsanleihe. Aber damit ist die Gefahr für unser Finanzleben noch nicht beseitigt.

Eine stete Gefahr sind die 72 Milliarden schwebende Schuld,

sie sind die stets drohende Gewitterwolke am Finanzhimmel der deutschen Republik. Ihre tunlichst rasche Beseitigung ist eine der wichtigsten und dringendsten Aufgaben für mich. Zwei Wege gibt es: entweder Umwandlung in eine festfundierte Anleihe oder Tilgung durch große Abgaben, sei es durch die Einziehung sämtlicher Kriegsgewinne, sei es durch die große Vermögensabgabe, wobei ich mich keinem Zweifel hingebe, daß diese beiden Steuern zusammen nicht sofort den gesamten flüssigen Betrag von 72 Milliarden aufbringen werden.

Nun ein Wort zu den neuen Steuern, die dieses Haus beschäftigen. Sie sind nicht mein Werk. Worte des wärmsten Dankes an meine Vorgänger, die Herren Schiffer und Dernburg sind meine Amtspflicht und mir persönliches Bedürfnis. Es handelt sich hier um eine erste Abschlagszahlung, die Sie dem Reichsfinanzministerium nicht verweigern werden. Die Steuern selbst sind in den wesentlichen Bestandteilen der Oeffentlichkeit seit geraumer Zeit bekannt. Ich kann mich daher recht kurz fassen, zumal die Einzelberatung im Ausschuß Gelegenheit zu eingehender Aussprache geben dürfte.

Zwei Gesetzentwürfe sollen die Kriegsgewinnbesteuerung zum Abschluß bringen. Der Entwurf eines Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 ist im wesentlichen eine Wiederholung des Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 vom 26. Juli 1918. Während das Kriegsabgabegesetz für 1918 weiterhin die Entrichtung einer Vermögensabgabe für Einzelpersonen vorgeschrieben hat, will der Entwurf auf die nochmalige Erhebung einer solchen Abgabe mit Rücksicht auf die kommende große Vermögensabgabe verzichten, für welche in kürzester Frist der entsprechende Gesetzentwurf gleichfalls vorgelegt werden soll.

Der weiter vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über eine Kriegsabgabe von Vermögenszuwachs will die Kriegsgewinnbesteuerung der Einzelpersonen abschließend regeln. Er geht von der Auffassung aus, daß in dieser Zeit der schwersten Not die sittliche Forderung erhoben werden muß, daß nicht allein selbstverständlich jeder, der aus dem Kriege selbst persönliche Vorteile für sich vor seinen Volksgenossen ziehen konnte, sondern auch jeder, dessen Vermögen und Leistungsfähigkeit sich während und trotz des Krieges erhöht hat, dem Volke das wieder zurückgeben muß, was er während des Krieges ersparen konnte. Der Entwurf will demgemäß grundsätzlich jeden in der Zeit vom 1. Januar 1914 bis 31. Dezember 1918 eingetretenen Vermögenszuwachs mit einer Abgabe treffen; sie soll die nach dem Kriegssteuergesetz zu entrichtenden Beträge, die als Abschlagszahlung zu gelten haben, durchweg übersteigen und derart gestaffelt sein, daß von einem bestimmten Betrage ab jeder Vermögenszuwachs restlos weggesteuert wird. Ueber die Höhe dieses Betrages bestehen zwischen Reichsregierung und Staatenausschuß Meinungsverschiedenheiten. Während der Tarif der Reichsregierung derart gestaffelt ist, daß in keinem Falle ein Vermögenszuwachs von mehr als 204 500 ℳ verbleibt, will der Tarif des Staatenausschusses dieses Ziel erst bei einem Vermögenszuwachs von 440 500 ℳ erreichen. Zuverlässige Unterlagen, den wahrscheinlichen Ertrag dieser Steuern zu schätzen, stehen nicht zu Gebote.

Der Ausbau der Besteuerung der Erbschaften durch das Reich unter Einbeziehung des Gatten- und Kindeserbes, auf das die Hauptmasse der Vererbung entfällt (etwa ⁴/₅), stellt eine alte Forderung dar, die, wie bekannt, bei der Finanzreform von 1908/09 den Gegenstand heftiger Kämpfe bildete, heute aber etwas Selbstverständliches und von allen Seiten Erwartetes ist. Es handelt sich jetzt nicht mehr, wie früher gedacht, um die hauptsächliche Besitzsteuer des Reichs, die selbständig für sich allein betrachtet werden kann, sondern mit den anderen großen Vermögensabgaben in Beziehung gebracht werden muß, und zwar im Unterschied zu den einmaligen Abgaben um eine Dauersteuer, durch welche der Besitz beim Wechsel des Vermögensträgers im Todesfalle und bei unentgeltlichen Zuwendungen unter Lebenden in weitestem Umfang erfaßt werden soll. Der Entwurf sucht dieses Ziel zu erreichen einmal durch die Ausdehnung der bestehenden Erbanfallsteuer, d. h. der Besteuerung des einzelnen Erwerbs von Todes wegen, auf die Ehegatten und Abkömmlinge des Erblassers unter gleichzeitiger Erhöhung der Steuersätze für die entfernteren Verwandtschaftsgrade und unter Berücksichtigung auch des vor dem Erbanfall bereits vorhandenen Vermögens des Erwerbers, ferner durch eine entsprechende Erweiterung der Schenkungssteuer, außerdem aber auch noch durch eine ergänzende Nachlaßsteuer, die neben der Erbanfallsteuer und vor dieser von dem ungeteilten Nachlaß als solchen erhoben werden soll. Der Schwerpunkt soll aber bei der Erbanfallsteuer bleiben. Die Bedeutung der Nachlaßsteuer, die im Grunde nichts anderes ist, als eine letzte Vermögenssteuer des Erblassers, liegt vielmehr wesentlich in ihrer Eigenschaft als

eine allgemeine Kontrollsteuer für alle Steuern vom Einkommen und Vermögen.

Die Sätze der Erbanfallsteuer, welche die Hauptbelastung darstellt, sind nach der Nähe des Verwandtschaftsgrades und der Höhe des einzelnen Anfalls gestaffelt, sie bewegen sich zwischen 4 und 20% in der ersten Klasse (Ehegatten und Kinder) und in der letzten Klasse zwischen 15 und 50 %. Dazu kommt dann noch ein Zuschlag für das schon vorhandene Vermögen, ein sozial ausgezeichneter Gedanke, in Höhe von 10 bis 50 % des Grundbetrages der Steuer. Die Steuersätze sind so bemessen, daß der kleine und mittlere Besitz insbesondere innerhalb des engsten Familienkreises nach Möglichkeit geschont wird. Soweit die Steuer wegen ihrer Höhe nicht aus laufenden Mitteln gedeckt werden kann, wird noch dafür Sorge getragen werden, daß sie auch in anderer Weise als durch Barzahlung entrichtet werden kann. Das wird im Zusammenhang mit den Einrichtungen geschehen, die für die Entrichtung der großen Vermögensabgabe getroffen werden müssen. Der Zusammenhang mit dieser ist im übrigen dadurch hergestellt, daß die Erbanfallsteuer in den ersten 20 Jahren, bis 1940, für jedes volle Jahr, um welches der Erbanfall vor diesem Zeitpunkt erfolgt, um 2 v. H. ermäßigt wird, mithin bei den in nächster Zeit eintretenden Erbanfällen um 40,38% usw. Der Gesamtertrag der künftigen Steuer ist für das bisherige Reichsgebiet auf etwas über 700 Millionen Mark veranschlagt, wovon die Gliedstaaten einen Anteil von 20 v. H. erhalten sollen. Dagegen wird die Erhebung besonderer einzelstaatlicher Erbschaftssteuern oder von Zuschlägen zu der Reichssteuer künftig ausgeschlossen. Die Einzelstaaten, die bisher derartige Abgaben erhoben haben, sollen jedoch für den dadurch bedingten Einnahmeausfall innerhalb einer gewissen Uebergangszeit eine Entschädigung erhalten.

Bei der Zunahme der steuerlichen Belastung wird es zu einer dringenden Forderung, daß möglichst jede Belästigung der Steuerpflichtigen durch unnötiges Nebeneinander und Durcheinander verschiedener Steuern vermieden wird. Es ist bekannt, daß auf dem Gebiete der Grundwechselbesteuerung bisher ein Zustand bestand, der diesen Forderungen nicht Rechnung trug. Es soll nach dem Entwurf nur noch eine einheitliche Grundwechselsteuer geben; die Auseinandersetzung der bisherigen Steuergläubiger über den Ertrag vollzieht sich nach dem Entwurfe in Form der Abrechnung, ohne daß der Steuerschuldner selbst damit zu tun hat. Der Entwurf hofft auf eine Vermehrung der Reichseinnahmen um 74 Millionen Mark; dabei ist den Interessen der bisherigen beiden anderen Steuergläubiger, der Bundesstaaten und Gemeinden, Rechnung getragen, indem sie von der Steuer von 4% die Hälfte erhalten sollen, wobei die Auseinandersetzung zwischen Staat und Gemeinden den Gliedstaaten als Ausfluß ihrer Landeshoheit überlassen bleibt.

Nach dem Beschluß des Staatenausschusses soll das Reich sich allerdings mit ⅜ des Aufkommens zufrieden geben.

Durch das Rayonsteuergesetz soll derjenige besondere Wertzuwachs erfaßt werden, der für Grundstücke in der Umgebung von Festungen bei Aufhebung der für sie nach dem Reichs-Rayongesetz von 1871 geltenden weitgehenden Benutzungsbeschränkung (Bauverbote u. dergl.) im Falle der Auflassung der betreffenden Festungsanlagen entsteht. An diesem Wertzuwachs das Reich zu beteiligen, ist schon deshalb gerechtfertigt, weil für die gedachten Beschränkungen, soweit sie nicht schon vor 1871 bestanden, von dem Reiche volle Entschädigung zu leisten war und die eingetretene Wertminderung naturgemäß bei Besitzwechsel oder Auseinandersetzungen bereits in dem Verkaufs- oder Anrechnungspreis ihren Ausdruck gefunden hatte. Es soll hiernach von dem Mehrwert, der sich aus dem Unterschiede zwischen dem Werte ergibt, den das Grundstück mit der Rayonbeschränkung und demjenigen, den es ohne diese im Zeitpunkt der Rayonänderung hat, eine einmalige Abgabe in Höhe von 50% dieses Mehrwerts erhoben werden, die bei Beträgen von mehr als 3000 Mark nach Wahl des Pflichtigen statt in Kapital in Form von Rentenzahlungen in 37 Jahren getilgt werden kann und in ihrem ungetilgten Betrage als eine öffentliche Last des Grundstückes an Stelle der bisherigen Rayonlast tritt. Den Interessen der Wohnungspolitik im Hinblick auf die Bedeutung, die das Rayongelände in den Festungsstädten gerade in nächster Zeit für das gemeinnützige Siedelungswesen hat, soll dadurch Rechnung getragen werden, daß die Steuer im Einzelfall erlassen oder nachträglich vergütet werden kann, wenn die Verwendung des Grundstückes für Zwecke des gemeinnützigen Siedelungs- und Kleinwohnungswesens gewährleistet ist.

Eine weitere Erhöhung der Belastung des Tabaks ist bei der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches unvermeidlich. Die Tabakabgaben sind zwar bereits im Jahre 1916 während des Krieges erhöht worden. Der Entwurf eines Tabaksteuergesetzes will die notwendigen Mehreinnahmen durch eine Aenderung des Steuersystems gewinnen. Es ist vorgeschlagen, die sämtlichen fertigen Tabakerzeugnisse in gleicher Weise zu besteuern, wie jetzt die Zigaretten, nämlich nach ihrem Kleinverkaufspreis unter Verwendung von Steuerzeichen. Daneben soll der bisherige Gewichtszoll als Schutzzoll für den inländischen Rohtabak bestehen bleiben, der Zollzuschlag und die Inlandssteuer für Rohtabak sollen in Wegfall kommen. Diese Besteuerungsart wurde gewählt, weil sie neben einer entsprechenden Steuersicherheit den größtmöglichen Betrag erwarten läßt. Die in neuerer Zeit von einem Teil des Tabakgewerbes und vom Handel mit Tabakerzeugnissen gewünschte Besteuerung der Tabakerzeugnisse auf Grund des Herstellungspreises und einer entsprechenden Buchführung sind nicht empfehlenswert. Sie würde bei dem Anreiz, den die notwendige Höhe der Abgabe zu Hinterziehungen bieten kann, lästige und kostspielige Verrechnungsmaßnahmen erfordern und trotzdem nicht die gleiche Steuersicherheit bieten wie die Verwendung von Steuerzeichen. Auch für den Verbraucher ist die im Entwurf vorgeschlagene Besteuerungsart vorteilhafter, weil sie ihn besser vor Uebervorteilung schützt. Der Entwurf rechnet im Beharrungszustande, das ist beim Wiedereintritt regelmäßiger Verhältnisse mit einem Gesamtertrag von 750 Millionen Mark, dies würde gegenüber den im Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1918 eingestellten Einnahmen von Tabakabgaben eine Mehreinnahme von 450 Millionen Mark bedeuten.

Die Notwendigkeit, zur Deckung des erhöhten Finanzbedarfs des Reichs Mehreinnahmen zu schaffen, ist derart dringend, daß es nicht mehr angängig erscheint, von einer Erhöhung der Zuckersteuer abzusehen, so unangenehm es auch manchen Kreisen sein mag. Die erhebliche Preissteigerung des Zuckers während der letzten Jahre und die trotzdem verstärkte Nachfrage läßt erkennen, daß der Zucker eine stärkere Belastung vertragen kann. Die jetzigen Zuckerpreise betragen mehr als das Dreifache der Durchschnittspreise des Betriebsjahres 1913/14. Die Vorlage sieht die Erhöhung von 14 ℳ auf 30 ℳ vor. Von einer solchen Erhöhung, der eine Verteuerung des Kleinhandelspreises um 8 Pfennige für das Pfund entsprechen würde, ist nach den Erfahrungen der letzten Jahre ein nennenswerter Verbrauchsrückgang nicht zu befürchten. England und Frankreich erhöhen ihre Zuckersteuern gleichfalls.

Die Spielkartensteuer ist seit über 40 Jahren unverändert geblieben und entspricht nicht mehr dem heutigen Geldwert. Schon zur Ausgleichung dieser Ungerechtigkeit ist daher ihre Erhöhung geboten; sie wird neben einer Reihe anderer Steuern auf den mehr oder minder entbehrlichen Aufwand als gerecht empfunden werden. Der Mehrertrag wird auf 10 Millionen berechnet.

Auch die Zündwaren können dem Reiche größere Einnahmen zuführen, wenn einerseits die schon jetzt der Zündwarensteuer unterliegenden Zündhölzer und Zündkerzen höher besteuert werden, und wenn man andererseits die Feuerzeuge und Zündmittel ebenso wie in anderen Ländern zur Steuer heranzieht. Diesen beiden Gesichtspunkten folgt der Entwurf des neuen Zündwarensteuergesetzes. Der Entwurf sieht eine Verdoppelung der bisherigen Steuersätze vor. Die Industrie wird eine derartige Belastung tragen können, wenn einerseits die zum Schutze der jetzt bestehenden Zündholzfabriken getroffene Festsetzung von steuerlich begünstigten Jahreserzeugungsmengen in ihren Grundzügen bestehen bleibt, und wenn andererseits, wie schon erwähnt, der stärkste Feind der Zündholzindustrie, die Feuerzeuge, zur Steuer herangezogen werden. Bisher ist die Zündwarensteuer im Reichshaushalt mit rund 22 Millionen Mark eingestellt gewesen. Künftighin wird eine Mehreinnahme von rund 30 Millionen Mark erwartet.

Wenn die Reichsregierung den jetzt der Nationalversammlung vorgelegten Steuerentwürfen den Entwurf eines Vergnügungssteuergesetzes angefügt hat, so ist das geschehen, weil immer erneut aus allen Kreisen der Bevölkerung der Wunsch laut wurde, den besonderen Aufwand, der allenthalben gerade auf dem Gebiet der Lustbarkeiten getrieben wird, nachdrücklich zu besteuern. Es kann nicht geleugnet werden, daß die Vergnügungsluft in Deutschland, und zwar nicht nur in den Großstädten, einen Umfang angenommen hat, der zu den ernstesten Bedenken Anlaß gibt und zum Teil in schreiendem Mißverhältnis zu dem furchtbaren Ernste unserer Zeit steht. Eine Besteuerung erscheint daher durchaus am Platze. Nun bestehen allerdings bereits in den meisten Gebieten des Reiches Lustbarkeitssteuerordnungen der Gemeinden. Diese Steuerordnungen sind aber naturgemäß sehr ungleichmäßig, und vielfach werden gerade in Städten, in denen die Vergnügungssucht besonders groß ist, nur geringe Steuern erhoben, weil die Stadtverwaltung in dem Fremdenverkehr eine Quelle der Einnahmen ihrer Bevölkerung erblickt. Selbstverständlich ist, daß wirklich volkstümliche künstlerisch hochstehende Aufführungen, bei denen die Abstufung und die Höhe der Preise den gesellschaftlichen Zweck des Theater- und Konzertbesuches zurücktreten läßt, eine steuerliche Bevorzugung verdienen. Der § 32 des Entwurfes sieht denn auch vor, daß in solchen Fällen die Steuer ermäßigt oder erlassen werden kann. Ich glaube demnach nicht, daß der in der Presse von manchen Seiten geäußerte Vorwurf der „Kulturwidrigkeit" des Entwurfes bei ernster Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse als gerechtfertigt angesehen werden kann. Im übrigen findet fast jeder jene Steuer „kulturwidrig", die er selbst zu bezahlen hat.

Neue Steuervorlagen werden kommen — teilweise noch in diesem Monat — zu diesen rechne ich die große einmalige Vermögensabgabe und die große Umsatzsteuer.

Der Staat wird durch radikale Gesetze und radikale Durchführung der Gesetze die Ungerechtigkeiten des Krieges wieder gutzumachen suchen. Die breiten Massen des Volkes warten seit der staatlichen Umwälzung auf das große Opfer der besitzenden Klassen. Pflicht der Besitzenden ist es, nicht nur sich dem staatlichen Zwange zu fügen, sondern sich zur inneren Ueberzeugung der Notwendigkeit der Hingabe aller Reichtümer und alles Ueberflusses durchzuringen und durch Abkehr von Selbstsucht, Eigennutz und Luxus die Brücke zur sozialen Versöhnung zu schlagen. Nur dieser Weg führt zur wahren Versöhnung und zur Wiederherstellung der inneren Einheit und Solidarität des Volkes, der unbedingten Voraussetzung für das Erstehen eines neuen, geläuterten und gebesserten Deutschlands. Ein verstorbener Heerführer (Goltz) hat kurz vor Ausbruch des Krieges auf eine Umfrage: „Was wir dem deutschen Volk wünschen", die Antwort erteilt: „Ich wünsche, daß Deutschland arm wird." Aus der tieferen Erkenntnis der Wahrheit dieses Wortes wird die große Opfergabe Deutschland zum Segen gereichen.

Grundlegende Systemänderungen in der Steuerverwaltung werden baldigst der Nationalversammlung unterbreitet. Diese Reformen werden die Vollendung des Gesamtwerkes darstellen. Ich bedauere es, alle Einzelheiten nicht schon jetzt darlegen zu können, aber Reichsministerium und Einzelstaaten konnten in so kurzer Zeit nicht endgültig Stellung nehmen.

Eine dringende Bitte habe ich, meine Damen und Herren, erledigen Sie alle Ihnen zugegangenen und noch zugehenden Steuervorlagen vor den Ferien im Interesse des Reiches. Ob reich oder arm, wir alle tragen zuviel Papiergeld in der Tasche herum. Wenn das Steuerzahlen einsetzt, wird die Geldtasche dünner werden. Es folgt die Gesundung durch Sparsamkeit.

Die Steuergesetze selbst können freilich nur die Form geben, Steuern selbst bringen sie nicht. Diese werden nur gebracht durch Arbeit. Unermüdliche Arbeit ist der Segenbringer für die Einzelperson wie für das Reich. Von den Menschenrechten haben wir viel gesprochen und viel gehört. Die Menschenpflichten müssen wieder in ihre Rechte eingesetzt werden. Ewig wahr bleibt das alte biblische Wort: „Der Mensch ist zur Arbeit geboren, wie der Vogel zum Flug." Das war mein Lebensprinzip. Ich rühme mich, daß ich ein Mann der Arbeit bin — keiner meiner politischen Gegner wird mir das bestreiten können — ein Mann der Arbeit, der das ora et labora stets hochgehalten hat als Segenbringer für das Volk, wie als Grundlage jeder Kultur.

Das Wort: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen", muß der Grundsatz der neuen deutschen Republik sein.

Arbeit ist wahre Vaterlandsliebe. Nur eine Rettung gibt's für unser Volk: in schwerer Arbeit „rückwärtsblickend vorwärts schauen".

Was an mir liegt, so bin ich bereit, durch mein Amt den neuen Geist, der unser Staats- und Volkswesen tragen und erneuern soll, wahrzumachen. Der Worte sind genug gewechselt worden. Unter dem alten Regiment waren tausend Quellen nationalen Bewußtseins und Zusammengehörigkeitsgefühls verschlossen. Das muß jetzt anders werden. Der Ruf zur Einigung und nationalen Erneuerung darf nicht von der teuflischen Parole „Haß und Rache" ausgehen, sondern von dem göttlichen Wort des ewigen Rechts. Nur Recht und Gleichberechtigung geben die Grundlage für die Gemeinschaft, sowohl im internationalen wie im nationalen Leben. Die nationale Gerechtigkeit kommt aber in erster Linie zum Ausdruck in einem sozialen Steuersystem.

Den Reichtum hat uns der Krieg genommen. Die Welt hat uns die internationale Gerechtigkeit versagt, um so leidenschaftlicher und energischer aber wollen wir arbeiten für eine in Gerechtigkeit wiederaufblühende Heimat und all unser Sorgen und Mühen widmen: dem armen, aber gerechten Deutschland. Wenn unser Volk in allen seinen Schichten jetzt nicht mit allen Kräften an die Arbeit geht, sind wir rettungslos verloren. Das muß dem deutschen Volke endlich zu vollem Bewußtsein kommen. Leisten Sie, meine Damen und Herren von der Nationalversammlung, rasche Arbeit und ganze Arbeit! Geben Sie hierdurch dem Volke das edelste Beispiel vaterländischer Pflichterfüllung, damit der schwere Aufstieg aus hartem Kriegsleid zu Friedensglück — das zwar stark getrübt — sofort beginnen kann.

Gerechtigkeit, Arbeit und Vaterland müssen der helltönende Dreiklang sein, der das neue Deutschland einläutet und bessere Zeiten ankündet.

Die Rede des Reichsfinanzministers wurde an vielen Stellen von Beifall unterbrochen. Als der Minister vom „leichtfertigsten aller Finanzminister" Helfferich sprach, erfolgten lebhafte wiederholte Rufe: Sehr richtig auf der Linken. Darauf stürmische Rufe von der Rechten: Pfui, pfui! Großer Lärm, lebhafte Zwischenrufe links. Rufe links: Raus, raus! Diese Rufe gelten einem auf der Rechten gefallenen Zwischenruf, der unter dem Lärm auf der Tribüne nicht gehört worden ist, den Redner aber veranlaßt, der Rechten zuzurufen: „Neu ist mir, daß Sie im Parlamentarischen sich auch der Schimpfworte bedienen!"

Einem Vorschlage des Aeltestenausschusses entsprechend beschließt das Haus, daß von jeder Partei nur ein Redner je eine Stunde sprechen soll.

Abg. **Keil** (Soz.):

Die Rede, die wir eben gehört haben, ist ein dankenswerter Versuch, die beispiellos ungeheuerlichen finanzpolitischen Aufgaben, vor denen wir stehen, zu meistern. Sie hat nur einen großen Fehler: Sie ist zu spät gehalten worden. (Sehr gut!) Dieser Vorwurf richtet sich nicht gegen den gegenwärtigen Finanzminister, sondern gegen seine Amtsvorgänger, die es versäumt haben, rechtzeitig an eine steuerliche Erfassung der Kriegsgewinne und des Besitzes heranzugehen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Hunderte von Milliarden sind in den fünf Monaten seit Zusammentritt der Nationalversammlung über die Grenzen geschmuggelt, verschoben, versteckt, verschwendet — jedenfalls dem steuerlichen Zugriff entzogen worden. Nicht nur materielle Verluste sind damit verbunden gewesen, sondern auch moralische Nachwirkungen der schlimmsten Art. Das Vertrauen weiter Volkskreise zur Reichsfinanzverwaltung ist dadurch bedenklich erschüttert worden; die Unruhen der letzten Monate sind reichlich durch diese großen Versäumnisse genährt worden. Und die Steuermoral und Steuerehrlichkeit hat die schwersten Einbußen erlitten. Das Bündel neuer Steuern, das uns nun endlich zur Beratung vorgelegt worden ist, läßt leider die große und kühne Entschlußkraft vermissen, ohne die eine Lösung der gigantischen Aufgaben auf diesem Gebiet unmöglich ist. Sie bewegen sich in dem engen Rahmen der bisherigen deutschen Kriegssteuergesetzgebung und bilden zum großen Teile nur eine Fortsetzung bzw. Wiederholung von Steuerarten, die während des Krieges schon in Angriff genommen worden sind. — Der Redner übt dann scharfe Kritik an der deutschen Kriegsfinanzpolitik, die ebenso verderblich gewesen sei, wie die allgemeine Politik nach innen und nach außen. Herr Helfferich, dieser geniale Staatsmann, war in seiner ganzen Kriegsfinanzpolitik von einem geradezu ruchlosen Optimismus erfüllt. Nicht nur seine Kriegssteuerpolitik, sondern auch seine Kriegsanleihepolitik hat vollständig Schiffbruch erlitten; sie hat es verschuldet, daß der Krieg 4½ Jahre dauerte und daß wir bei Ausbruch der Revolution 90 Milliarden Kriegsanleiheschulden und 50 Milliarden schwebende Schulden auf dem Buckel hatten. Schon die Volksbeauftragten wollten neue Steuern; aber die Reichsfinanzminister, Schiffer sowohl wie Dernburg, haben recht lange auf sich warten lassen, und ihre Vorlagen kamen erst, als sie nicht mehr im Amte waren. Die Steuermoral ist tatsächlich geschwunden. Der Exekutor und, wenn es sein muß, der Staatsanwalt müssen sie wieder wecken. Die Vermögensumwälzung, zu der die Verheerung des Krieges und die Erschütterung der gesamten Volkswirtschaft führte, macht es notwendig, daß jeder dem Volke zurückgibt, was er während des Krieges gewonnen hat. Auf die allgemeine Vermögensabgabe haben wir lange genug gewartet, sie hätte schon vor Monaten kommen müssen. (Sehr richtig!) Das gleiche gilt von der Kriegsgewinnbesteuerung; während des Krieges wäre eine allgemeine Vermögensabgabe finanz- und allgemeinpolitisch heilsam gewesen, heute erfordert sie viel höhere Sätze. Das Versprechen, die Kriegsanleihe soll bei Bezahlung von Steuern zum Nennwert angenommen werden, galt nicht für alle Ewigkeit und kann auch nicht so lange gelten. Vielfach ist mit der Bestimmung grober Unfug und geradezu Schwindel getrieben worden. Die Reichserbschaftssteuer ist rasch zu erledigen und zwar muß aus ihr eine Milliarde mehr herausgeholt werden. Die Nachlaßsteuer ist aber für die großen Nachlässe viel zu gering, bis zur vollen Konfiskation des Erbvermögens sind Verschärfungen angezeigt. Ohne die ist der Luxus der oberen Schichten unerträglich. Auch das Erbrecht des Reiches muß eine ergiebige Einnahmequelle werden, finanzielle und soziale Gründe sprechen für ein radikales Vorgehen der Regierung. Die Grundwechselsteuer bringt nichts Neues, doch ist ihre Einheitlichkeit zu begrüßen. Auch der Steuersatz von 4 % ist für die von Kriegssteuer nicht belastete Landwirtschaft erträglich. — Ehe wir an die indirekten Steuern herangehen, müssen wir erst wissen, wie das ganze Steuerwesen überhaupt in Zukunft gestaltet werden soll. Allerdings wird der gesamte Bedarf nicht durch direkte Steuern allein zu decken sein; wir werden um die ergänzenden Verbrauchssteuern nicht herumkommen. Das Reich kann auf die Hauptsteuerquelle, der Einkommenbesteuerung, nicht verzichten, aber im Reiche, in den Einzelstaaten und in den Gemeinden muß nach einem einheitlichen Plan vorgegangen werden. Wir müssen überall Sparsamkeit üben, der Luxus muß verschwinden, die ehrliche Arbeit muß respektiert werden, die Steuergesetzgebung muß so sein, daß jeder im Volke überzeugt sein kann, daß Gerechtigkeit die Grundlage des Staates ist. (Beifall bei den Soz.)

Abg. **Farwick** (Zentr.):

Bei unserer traurigen Finanzlage müssen wir uns mit aller Macht auf unsere schaffende Kraft werfen. Die Parole muß sein: Arbeit! Die Arbeit in den großen Werken, vernünftig sozialisiert, muß die Basis geben für ersprießliche Leistungen, um unseren großen Aufgaben gerecht werden zu können. Ferner müssen wir sparen nicht nur im kleinen, sondern vor allem auch mit der menschlichen Kraft. Wir dürfen nichts vergeuden durch Müßiggang und Laster, namentlich nichts vergeuden an dem Leben unserer Mütter und Kinder, denn das ist unsere größte Kapitalanlage. (Beifall im Zentrum.)

Auch über die anderen indirekten Steuern führte der Redner aus, daß sie den Ausschuß noch lebhaft beschäftigen werden.

Abg. **Schiffer** (Dem.)

verteidigt sich gegen die Vorwürfe Keils wegen Verschleppung der Steuervorlagen und der daraus entstandenen Schuld an dem Reiche entgangenen großen Einnahmen. Er führt aus: Ich übernehme für meine Haltung die Verantwortung. Verwunderlich ist es, daß weder die in der Regierung sitzenden Fraktionsgenossen des sozialdemokratischen Redners noch der jetzige Reichsfinanzminister trotz der ihm eigenen Aktivität gegen mich eingeschritten sind. (Unruhe bei einem Teil des Hauses, lebh. Zustimmung rechts und bei den Demokraten.) Ich verweise darauf, daß die Versteuerung der Kriegsgewinne schon vor Ostern fertiggestellt war, weshalb ist damals nicht verhandelt worden? Durch Schuld der Nationalversammlung, die damals eine Pause eingelegt hat. (Zurufe links: Wir haben protestiert!) Hinsichtlich der Abwanderung des Kapitals nach dem Auslande habe ich alles getan, was zu machen war und keinen brauchbaren Vorschlag gehört, der über meine eigenen Maßnahmen hinausgegangen wäre. (Lebhafte Zustimmung.) Aber sollte ich eine chinesische Mauer um Deutschland ziehen? Es standen nicht einmal genug Truppen zur Verfügung, um alle Posten zu besetzen, deren Beobachtung ich verlangt hatte. Abgesehen davon, daß ich nichts unternehmen konnte gegen die durch die Truppe betriebenen Durchstechereien und gegen die Flugzeuge, die über die Grenze flogen. (Lebhafte Zustimmung bei den Dem., lebhafte Bewegung.) Welche schweren Bedenken bei der Stempelung der Banknoten entstanden, ist dem Abg. Keil bekannt, abgesehen von allen bisherigen Ausführungen bin ich der vielleicht veralteten Meinung, daß ein so ungeheurer Eingriff in das Wirtschaftsleben sorgfältige Ueberlegung verlangte und nichts übers Knie gebrochen werden durfte. (Lebhafte Zustimmung.) Unser Wirtschaftsleben findet sich mit dem Schwersten ab; es muß aber nicht immer wieder Experimenten ausgesetzt werden, sondern wissen, was es tragen soll, damit es sich darauf einstellen kann.

Der Reichsfinanzminister hat recht: die erste Voraussetzung für einen Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens ist eine gesunde Finanzgebarung und der erste Schritt dazu die Aufstellung eines grundlegenden, wohldurchdachten Steuersystems; aber ich glaube, er betrachtet selbst diese Vorlage nicht als ein solches grundlegendes Steuersystem, denn was uns hier geraten wird, ist nichts weiter als eine Zusammenstellung von höchst disparaten Steuergesetzen, ist im Grunde genommen nichts weiter als eine Weiterführung und Ausgestaltung, ist vielleicht der Schlußstein der früheren Finanzgebarung, die man allerdings ebensogut als Finanzmisere bezeichnen könnte. Auch fehlt bisher noch völlig eine genaue Aufstellung der Voraussetzungen, mit denen wir zu rechnen haben. Wir müssen genau, nicht bloß in runden Zahlen wissen, was wir schuldig sind. Wie unglücklich und wie unzulänglich die Finanzgebarung während des Krieges gewesen ist, zeigt sich am deutlichsten auf dem Gebiete der Kriegsgewinnbesteuerung, die nunmehr durch zwei Gesetzentwürfe zum Abschluß gebracht werden soll. Daß man die beiden Gesetze vor ihrer Einbringung veröffentlicht und damit der öffentlichen Kritik preisgegeben hat, ist zu begrüßen und auch für die Zukunft zu wünschen. Der schwerste Vorwurf, der gegen das alte Gesetz über die außerordentliche Kriegsabgabe zu erheben war, war der, daß dadurch nur das Vermögen, nicht auch das Einkommen herangezogen wurde. Erst nach schweren Kämpfen ist es 1918 gelungen, dem Bundesrat dieses Zugeständnis abzuringen. Die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs schließt sich nicht nur zeitlich an das frühere Gesetz an, sondern es betrachtet, da es nunmehr einen fünfjährigen Zeitraum umfaßt, die Periode des alten Gesetzes gewissermaßen nur als eine Abschlagszahlung. Vermißt habe ich in dem Entwurf eine Bestimmung, daß der Ertrag dieses Gesetzes lediglich zur Deckung der Schuld des Reichs bestimmt ist. — Die Höhe der Sätze gibt jedem Steuergesetz ein anderes Aussehen, weil sie je nachdem das Wirtschaftsleben bedeutsam beeinflußt. Der Sparer darf nicht ebenso behandelt werden wie der Schieber und Schleichhändler. Bei der Besteuerung der Vermögen ist auch in gewissem Rahmen die Entwertung des Geldes zu berücksichtigen. Bezüglich der Spielkartensteuer meine ich, daß es himmelschreiend ist, daß der Staat dem Spielunwesen nicht entgegenzutreten vermag. Ohne große indirekte Steuern werden wir nicht auskommen. Bei der Gelegenheit aber zugleich die Frage der Erhebung der Zölle in Gold prüfen müssen. Der Finanzminister flüstert mir eben zu, daß hierüber ein Gesetz bereits auf dem Wege ist. Wir müssen sparen und vor allem bei allen Beamtenstellen sorgfältig prüfen, ob sie wirklich unumgänglich notwendig sind. Das Kapital dürfen wir bei der Besteuerung nicht zerstören, sondern wir müssen dafür sorgen, daß möglichst viel Kapital erzeugt wird, um unsere Wirtschaft wieder hochzubringen. (Sehr richtig! b. d. Dem.) Wir werden ausschöpfen, was nottut, aber ohne Schaden für die Gemeinwirtschaft. Gegen die Steuerunehrlichkeit müssen wir alle Mittel anwenden, besonders durch Vervollkommnung des Veranlagungsapparates. Die Auskunftspflicht der Banken und Sparkassen muß international geregelt werden, sonst geht das verheimlichte Vermögen in die Banken von Holland und der Schweiz. Die anderen Staaten haben selbst an dieser internationalen Vereinbarung ein Interesse, weil wir unseren Verpflichtungen nicht nachkommen können, wenn wir nicht Steuern einziehen. Wir müssen und wollen die Lasten tragen, können sie aber auch tragen, wenn sie sich in vernünftigen Grenzen bewegen und verteilt werden nach Maßgabe der Kräfte. (Lebhafter Beifall.)

Darauf tritt Vertagung ein; nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr. Tagesordnung: Entwurf des Gesetzes über den Friedensschluß. Petitionen zur Friedensfrage.

Der Präsident macht einige Mitteilungen über den Arbeitsplan in der nächsten Zeit. Daraus ist hervorzuheben:

Mittwochnachmittag 3 Uhr Beendigung der ersten Beratung der Steuervorlagen, Siedlungsgesetz.

Die für Donnerstag dieser Woche beabsichtigt gewesene große politische Aussprache wird um acht Tage verschoben.

Schluß 7 Uhr 16 Minuten. —